

Volkswacht

für Schlessen - Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthesstraße 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,37 Reichsmark + 3 Pfennig Trägerlohn = 0,45 Reichsmark, monatlich 1,53 Reichsmark + 33 Pfennig. Trägerlohn = 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Gau-Post abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle Postfachkonto: Breslau 5552. Bankkonto: Bank der Arbeiter, 17 Pf. Anzeigen unter 10 Wörtern für die nächste Nummer je 4/6 oder in der Zweigstelle 21739, Redaktion Nr. 21738, a und Beamten, Filiale Breslau.



Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 - Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

Einzelnummer 10 Pf.

44. Jahrgang

Donnerstag, den 16. Februar 1933

Nr. 37

Umorganisation der Polizeiträfte geplant

Sie sollen einheitlich zusammengefasst und den Zivilbehörden entzogen werden

Im Zusammenhang mit den in Preußen vorgenommenen Personalveränderungen weist die Regierungspresse darauf hin, dass eine organisatorische Neugestaltung der gesamten Schutzpolizei geplant sei. Die Furcht vor Abwehraktionen der Arbeiterklasse hat in den gegenwärtigen Machtverhältnissen den Plan reifen lassen, die gesamte uniformierte Polizei enger zusammenzufassen, indem man größere Gruppen unter einheitlichem Oberbefehl setzt und diese Gruppen gleichzeitig einem Polizei-General unterstellt. Die Herren Kommissare haben darüber zwar noch keine endgültigen Beschlüsse gefasst, aber es scheint so gut wie sicher, dass die staatlichen und gemeindlichen Schutzpolizeiträfte sowie die Landjäger unter einheitlicher Oberleitung „jeftter als

bisher zusammengefasst werden sollen“, um im Falle von Unruhen größeren Ausmaßes schnelle Verschiebungen und Zusammenziehungen von Polizeiträften in bedrohten Gegenden zu ermöglichen.

Die organisatorische Zusammenfassung der Polizeiträfte unter einheitlichem Oberbefehl wird — wie die Regierungspresse meldet, zur Folge haben, dass die Polizei nicht mehr den Regierungs- und Oberpräsidenten untersteht, sondern ihren neuen Gruppentamman-Beuren und über sie direkt dem Minister. Das ist eine entscheidende Veränderung, die eine außerordentliche Stärkung der zentralen Staatsgewalt bedeu-

tet. Die eine Anerkennung der Rechtmäßigkeit dieser Ernennung bedeuert würde. Vielmehr soll zunächst die Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die von der preussischen Sicherheitsregierung erhobene Klage abgewartet werden. Bis dahin will man im Reichsrat keine wichtigen Beschlüsse fassen und keine Beschlüsse von Bedeutung vornehmen. In der heutigen Reichsratssitzung werden von den Bevollmächtigten der süddeutschen Länder und anderer Länder entsprechende Erklärungen abgegeben werden. Auch die Sicherheitsregierung wird durch einen Provinzialvertreter eine Erklärung abgeben lassen.

Militarisierung

der preussischen Verwaltung

Die alten Polizeipräsidenten zumeist durch ausgediente Offiziere ersetzt Die Ober- und Regierungspräsidenten fast alle Deutschnationalen, die Polizeipräsidenten fast alle Nazis

Die in diesen Tagen zwangsbeurlaubten Republikaner der höheren Verwaltung Preußens sind jetzt durch Beschlüsse der Preußenkommissare fast ohne Ausnahme in den einstweiligen Ruhestand versetzt und zum größten Teil durch pensionierte Offiziere, die keinerlei Verwaltungsdienst hinter sich haben, ersetzt worden.

In den einstweiligen Ruhestand versetzt wurden die Regierungspräsidenten Friedensburg-Kassel (Staatspartei), Ehrler-Wiesbaden (SPD), König-Arnberg (SPD). Außerdem die Polizeipräsidenten Mayer-Stettin (SPD), Lhaiß-Breslau (Zentrum), Wende-Walzenburg (SPD), Dagle-Halle (Staatspartei), Krüger-Weifenfels (SPD), Barth-Hannover (SPD), Danzhl-Harburg (SPD), Jürgel-Dortmund (SPD), Steinberg-Frankfurt a. M. (SPD), Bieten-Koblenz (Zentrum), Meyer-Oberhausen (Zentrum), Graf-Vohum (Zentrum) und Landrat Opel-Frankfurt am Main (SPD).

Mit der Vertretung des beurlaubten Oberpräsidenten Roske wurde Regierungspräsident v. Belten-Hannover beauftragt. Vorbehaltlich der Zustimmung der Provinzial-Ausschüsse werden ernannt:

Landrat Kothberg-Goslar zum Regierungspräsidenten in Kassel, Ministerialrat Zichinisch aus dem Preussischen Ministerium zum Regierungspräsidenten in Wiesbaden und Polizeipräsidenten Reichler-Berlin zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen.

Polizeipräsidenten werden in Berlin der bisherige nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Konte-Admiral a. D. Magnus v. Levetzow-Weimar, in Walzenburg der Rittermeister a. D. v. Hildessen, in Hannover der bisherige nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Viktor Luhe, in Harburg-Wilhelmsburg Kapitän Karl Christmann, in Dortmund der bisherige nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Wilhelm Schepmann, in Frankfurt a. M. General a. D. v. Westem, in Oberhausen Major a. D. Niederhoff, in Halle Polizeioberst a. D. Kolen.

Die neuernannten Polizeipräsidenten sind fast ausschließlich Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiter“-Partei, die bisher nur Kadetten, Adlige oder pensionierte Offiziere zu Amt und Würden gebracht hat auf dem Rücken von Arbeitern. . .

Auch Sammers muß gehen

Im Preussischen Kultusministerium soll jetzt auch Staatssekretär Sammers von seinem Posten beurlaubt werden. Als Ersatz für Sammers, der Mitglied der Zentrumspartei ist, sind die deutschnationalen Abgeordneten Martin Spahn und Stadler in Aussicht genommen. Beide gehörten früher dem Zentrum an. Sie sind aber bereits seit Jahren treue Gefolgsleute ihres Ministers Jugenberg.

Noch ein Nazi berufen

Der nationalsozialistische Reichsminister Gaering, zugleich Reichskommissar für das Preussische Innenministerium hat den nationalsozialistischen Land-

tagsabgeordneten Dr. Leonardo Conti als Kommissar „zur besonderen Verwendung“ in das Preussische Innenministerium einberufen. Zu Contis besonderem Aufgabebereich soll die Bearbeitung von Medizinal- und Fürsorgeangelegenheiten gehören, die seit der Auflösung des Preussischen Wohlfahrtsministeriums jetzt dem Innenministerium unterstehen. Conti, der 1900 in Lugano (Schweiz) geboren wurde, ist ein Sohn der Führerin des Preussischen Hebammen-Vereins.

Der Reichsrat wartet ab

Bis der Staatsgerichtshof gesprochen hat

Die Konferenz der Länderregierungen, die am Mittwoch auf Veranlassung des bayerischen Ministerpräsidenten und unter dessen Vorsitz in Berlin stattfand, gelangte zu der Vereinbarung, die Ernennung der neuen Bevollmächtigten Preußens, die durch die Kommissare des Reichs vollzogen wurde, in der heutigen Sitzung des Reichsrats zur Kenntnis zu nehmen. Das soll jedoch keineswegs in einer Form

Jeder Pfennig ein Treffer

Die Sammelisten für den Wahlkampf sind allen Ortsgruppen zugegangen. Denkt daran, daß zum Kampf auch Munition gehört. Sammelt und finanziert damit das Ringen der Sozialdemokratie um Freiheit und Recht.

Der Bezirksvorstand

Erfolgsloses Attentat auf Roosevelt

Der Bürgermeister von Chicago verfehlt

Miami (Florida), 15. Februar.

Heute Abend wurden auf den künftigen Präsidenten Roosevelt bei einem zu seinen Ehren veranstalteten Empfang fünf Revolverkugeln von einem unbekanntem Täter abgegeben. Der Präsident wurde nicht verletzt. Der Angreifer zog ganz unerwartet eine Pistole und, bevor die Anwesenden eingreifen konnten, begann er zu feuern. Der Bürgermeister von Chicago, Cermat, wurde von einer Kugel getroffen.

Miami (Florida), 16. Februar.

Das Befinden des Chicagoer Bürgermeisters Cermat, der einen Bruchschuß erhalten hat, ist besorgniserregend. Am Mittwoch wurde an Cermat eine Notoperation vorgenommen, deren Erfolg noch ungewiß ist. Ein Gehirnpolyp beham einen Kopfschlag. Leicht verletzt wurden zwei Frauen, ein Junge und ein Mann, der dem Täter den Revolver entriß, wobei eine Kugel seinen Kopf streifte. Roosevelt besuchte sämtliche Opfer des Attentats im Krankenhaus.

Es regnet Zeitungsverbote

Großer Feldzug gegen die SPD.-Presse - „Vorwärts“ und fünf andere SPD.-Blätter verboten

Der „Vorwärts“ ist vom Berliner Polizeipräsidenten bis zum 22. Februar einschließlich verboten worden. Als Gründe für das Verbot werden angeführt:

„Die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Vorwärts“ veröffentlicht in Nr. 75 (Morgenausgabe) vom 14. 2. 1933 einen Artikel mit der Überschrift: „Für die Wahrheit! Der Blutsontag in Eisleben!“ von Friedrich Stampfer. Dieser Artikel gibt Anlaß zu Beanstandungen auf Grund des § 9 Abs. 1 Nr. 5 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. 2. 1933. Der Verfasser geht bei seinen Darlegungen von der durch die eingeleiteten Ermittlungen inzwischen völlig widerlegten Behauptung aus, daß nicht aus dem Hause des „Klassenkampf“ in Eisleben zuerst auf die Nationalsozialisten geschossen worden sei, sondern daß diese ohne äußeren Anlaß das in kommunistischem Eigentum stehende Gebäude überfallen hätten, um die Einrichtung zu zerstören und gegen die darin befindlichen Personen gewalttätig vorzugehen. In der gleichen Richtung bewegen sich die weiteren Ausführungen über den Vorgang des „Sturms auf die Luthalle“. Auch hier zielt die Schilderung offensichtlich darauf ab, das Verhalten der nach den Feststellungen der eingeleiteten Untersuchung unweifelhaft auch von dieser Seite aus durch Schüsse angegriffenen Nationalsozialisten als eine jeder inneren Berechtigung entbehrende brutale Ausschreitung zu charakterisieren. Aus diesen von dem Verfasser bewußt im Gegensatz zu anderen Zeitungen gegebenen Dar-

stellungen, die er in Verbindung mit von der Regierung getroffenen Maßnahmen bringt, wird der Schluß gezogen, daß die Behörden nicht etwa aus mangelnder Objektivität, sondern vorfalschlich pflicht- und rechtswidrig diese Darstellung verbreitet und aufrechterhalten hätten, da sie „dem Lauf der Weltgeschichte, wie er jetzt von oben vorgezeichnet ist“, angepaßt werden müsse. Dasselbe böswillige Verächtlichmachung der Behörden und insbesondere des verantwortlichen Leiters der preussischen inneren Verwaltung zeigt sich auch darin, daß im vorletzten Absatz die Erwartung ausgesprochen wird, von diesen Behörden könne ein objektives Untersuchungsergebnis nicht erwartet werden, die „Bürgerleute von Eisleben“ würden nie erfahren, was nach Auffassung des Artikelverfassers das tatsächliche Untersuchungsergebnis sein dürfte. Die Tendenz des bezeichneten Aufsatzes, der als Leitartikel veröffentlicht ist, wird noch dadurch unterstrichen, daß auf der ersten Innenseite des Hauptblattes an herortragender Stelle mit der besonders auffallenden großgedruckten Überschrift: „Aus dem braunsten Deutschland — Jähstichtreiben in Eisleben!“ in derselben Weise zu den Vorgängen Stellung genommen wird, während eine vorläufige amtliche Darstellung des Polizeipräsidenten in Halle vom 18. 2. 1933 mit kleinerer Überschrift und keinem Textbruch so nachgebracht wird, daß der unbefangene Leser aus dem Zusammenhang mit den Darlegungen des Hauptaufsatzes notwendigerweise den von dem Verfasser offensichtlich

gewollten Eindruck bewirkt nicht und parteiischen Verhalten der Behörde gewinnen muß. Hiernach rechtfertigt sich das ausgesprochene Verbot nach § 9 Abs. 1 Nr. 5 der angezogenen Verordnung.

Nach diesem Verbot muß die Sozialdemokratie in der Reichshauptstadt eine Woche des Wahlkampfes ohne Zeitung führen!

München, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Die sozialdemokratische „Volkzeitung“ in München ist am Mittwoch auf sechs Tage verboten worden. Das Verbot wird mit einem Urteil der Reichshauptstadt begründet, in dem unter scharfer Kritik der Spitzpalastrede des Reichskanzlers ein Aufruf der Eisernen Front an den Reichstag war.

Die sozialdemokratische Kieler „Volkzeitung“ ist bis zum 1. März einschließlich verboten worden. Ausdrücklich hat das Blatt die gegenwärtigen Machthaber verächtlich gemacht.

Köln, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Im Auftrag des Oberpräsidenten der Rheinprovinz hat der Polizeipräsident von Köln die „Reinliche Zeitung“ auf die Dauer von sechs Tagen wegen angeblicher böswilliger Verächtlichmachung des Reichskanzlers und des Reichskommissars für das Preussische Ministerium des Innern verboten. Die Verächtlichmachung wird erklärt in Artikeln mit der Überschrift: „Hitlers Kanzlergehalt — Was verdient Minister Goering — Herr Reichskanzler, wo bleibt der Bierjahresplan?“

Hannover, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Der sozialdemokratische „Volkswille“ ist am Mittwoch von dem stellvertretenden Oberpräsidenten auf die Dauer von fünf Tagen verboten worden, weil er anlässlich des Unglücks von Neunkirchen einen Artikel veröffentlicht hatte, in dem es hieß, daß die dort Verunglückten am guten Teile Nazifreien gewesen seien, zu deren Verurteilung der Reichskanzler im Berliner Sportpalast den Segen des Stimmels herabschleibt habe. Darin wird eine Diffamierung des Reichskanzlers erblickt.

Magdeburg, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Die sozialdemokratische Magdeburger „Volkstimme“ ist auf fünf Tage verboten worden. Das Blatt

sol den Magdeburger Polizeipräsidenten verächtlich gemacht haben.

Das Berliner „Nacht- u. Abendblatt“ ist am Mittwoch auf acht Tage verboten worden. Als Ursache wird ein Artikel bezeichnet, der sich mit den blutigen Parallelen in Eisenbahn besäftigt.

Au dem neuen Verbot des „Vorwärts“ und seiner Bezeichnung „Überlebt der Chafredaktör des „Vorwärts““ Abgeordneter Stampefer, der Öffentlichkeit folgende Erklärung:

„Die Behauptung, meine Darstellungen der Eisobener Erziehung stünde im Widerspruch zu amtlichen Berichten, würde an sich ein Zeitungsverbot noch nicht rechtfertigen. Sie ist aber auch irrig. Der amtliche Bericht vom 13. Februar aus Halle a. Saale behauptet keineswegs, daß die Schüsse, die von Kommunisten abgegeben wurden, dem Sturm auf das „Rassentempel“ vorausgegangen seien. Das von Kommunisten geschossen wurde, habe ich nicht bestritten. Ich habe nur behauptet, daß diese Schüsse erst abgegeben wurden, nachdem der Sturm der Nationalsozialisten begonnen hatte. Der amtliche Bericht läßt diese Frage offen.“

Ich bin auf Grund gewissenhafter Nachforschungen, die ich an Ort und Stelle vorgenommen habe, zu der Überzeugung gekommen, daß nicht die Kommunisten, sondern die Nationalsozialisten die Angreifer waren. Mir ist auch bis heute nichts bekanntgeworden, was geeignet wäre, diese Überzeugung zu erschüttern. Schon allein die feststehende Tatsache, daß die Kommunisten zur Stunde des Zusammenstoßes einen Kindernachmittag veranstalteten, spricht gegen ihre Angriffsabsichten. Denn die Behauptung der nationalsozialistischen Presse, die Kommunisten hätten ihre Kinder eigens mitgebracht, um sie bei dem geplanten Feuergefecht als Krutwehr zu gebrauchen, hat wohl doch keine innere Wahrscheinlichkeit.“

Der „Vorwärts“ verlas bei seiner neuen achtstägigen Zeitungsverbot sofort die zulässige Beschränkung ein. Auch das zur gleichen Zeit und für die gleiche Dauer verbotene Berliner „Nacht- u. Abendblatt“ hat beim Reichsgericht telegraphisch Beschwerde eingeleitet; außerdem dürfte in beiden Fällen eine Schadenersatzklage gegen den preussischen Staat eingeleitet werden.

In der Berliner Morgenpresse wird mit keinem Wort gegen die Verbote mit ihren merkwürdigen Begründungen Stellung genommen. Die „Vossische Zeitung“ kündigt eine derartige Stellungnahme an.

Die Wittsteller

Dem Reichskanzler Hitler sind Tausende von privaten Eingaben und Gesuchen zugegangen.

Indem er stark darauf verzichtet, daß er seit vierzehn Jahren (siehe das schändliche Novembergeißel, Schreier) jetzt der deutsche Mann Gesuche.

Kein Mensch hat noch wie er gespürt, Wie feuchlich sich die Winken regen, Ein Jude hat sein Weib verführt, Nazifreien stahlen sein Vermögen.

Er war verfeimt auf Schritt und Tritt, Nun sind die Dinge doch gebiechen, Für die er unaussprechlich litt, Kann er jetzt nicht Gehalt beziehen?

Vielleicht, daß ihn jetzt die Partei Mit einem Staatsamt will erfreuen, ... Doch würde in der Reichskanzlei Er gern auch den Abort betreten.

Hans Bauer.

Was wird da gespielt?

Gerüchte über besondere Maßnahmen des Innenministers

Am Dienstag fand im Preussischen Innenministerium unter dem Vorsitz des Herrn Goering eine Konferenz der Ober- und Regierungspräsidenten statt. Das große Londoner Blatt, die „Times“, hatte unter Bezugnahme auf diese Konferenz u. a. behauptet, der kommissarische preussische Innenminister habe Anweisungen für die Bewaffnung der SA, und der Stahlhelm und für ihre Verwendung als Hilfspolizei gegeben, und das sei der erste Schritt zur Errichtung eines faschistischen Regimes in Deutschland oder mindestens in Preußen.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung bemerkt zu dieser Feststellung des Berliner „Times“-Korrespondenten:

Von den amtlichen Stellen wird zu diesen Behauptungen natürlich gar nicht Stellung genommen. Sie bedeuten offensichtlich eine wilde Aufbauschung der vom preussischen Innenminister vorgelegenen äußersten Weisungsbefehle. In den nächsten Tagen und Wochen wird man mit einer gesteigerten Abwehrbereitschaft der staatlichen Organe gegen etwaige Umsturzpläne zu rechnen haben. Auch die nächtliche Polizeiaktion gegen den Reichstag bildet ein Glied dieser Maßregeln.

Diese „gesteigerte Abwehrbereitschaft“ wird nach der DZ vor allem in gewissen „organisatorischen Maßnahmen“ zum Ausdruck kommen. Dazu gehören auch die Erweiterung der Vollmachten für den Polizeiführer West, Kommandeur Stieler u. Heidekamp. An sich sei der Polizeiführer West keine neue Einrichtung. Wenn seine Befugnisse jetzt erweitert würden, so handele es sich um wesentlichen um einen Ausbau dieser Funktionen, die mit der besonderen Verhältnisse in der Weltmark zusammenhängen. In Preußen und in Westfalen sei wegen der Sonderbestimmungen des Versailler Vertrags eine Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes nicht möglich. Sollten also dort eines Tages Unruhen ausbrechen, so müßte nach Ansicht der maßgebenden Stellen auch eine geeignete Zusammenfassung der staatlichen Machtmittel zu erzielen sein.

Hitlers Rede unterbrochen

Rundfunkabel durchschlagen — Hitler gegen das Zentrum

Stuttgart, 16. Februar. (Eigener Funkbericht.)

Hitler sprach am Mittwochabend in Stuttgart, wo er sich hauptsächlich gegen die letzte aufsehenerregende Rede des württembergischen Staatspräsidenten Holz wandte. Dem Zentrum warf er u. a. vor, daß sein Christentum nicht echt sei. Trotzdem haben Hitler und seine Freunde in Preußen monatelang und im Reich wochenlang mit der „schwarzen West“ um die Regierungsabteilung verhandelt. Das hat Herr Hitler seinen Hörern natürlich nicht erzählt.

Die Rede Hitlers wurde auf den Sidfunk übertragen. Etwa 20 Minuten vor Schluss seiner Ausführungen, auf die ihm das württembergische Zentrum die Antwort nicht schuldig bleiben dürfte, setzte die Übertragung plötzlich aus. Die Unterredung ergab, daß die Stuttgarter Stadthalle und das Telegraphenamt verbindende Kabel an einer Stelle nahe der Stadthalle mit einem Beil durchschlagen worden war.

Während ich erzählte, daß Herr Kraft meine erste Sparteille gegründet hat, und Fräulein Mathilde mit einem anderen etwas Wichtiges zu besprechen hatte, zwangte mich im Vorbeigehen einer unserer Püger am Kermel und zwinkerte mir zu, daß ich in den Zug steigen sollte. Die Herren waren sehr wütend über das Benehmen von Fräulein Mathilde, die mit den Mühlhörnern kein Ende finden konnte und erst einfiel, als der Zug schon abfuhr. Ich war sehr müde und bin hinter Umfing (das ist der Ort, wo die Schlacht stattgefunden hat, bei der der brave Schwepfermann als einziger zwei Eier bekam) gleich eingeschlafen.

Als mich Fräulein Mathilde meinte, war ich so aufgeregt, daß ich mich wie eine Zersinnige ins Gewühl geistig haben würde, hätte mich mein Fräulein nicht durch einen kräftigen Ruff in die Seite zur Besinnung gebracht. Ich hatte doch noch nie so viele Menschen auf einem Hausen gesehen. Zweimal ließ ich meine Pappschachtel fallen, und die Püger mußten den Inhalt aufheben. Sie wichen nicht von unserer Seite, bis Fräulein Mathilde schließlich doch sehr zornig wurde und wütend auf mich sagte, für wen sie uns eigentlich hielt. Und eine solche Aufbringtlichkeit wegen der lumpigen zehn Mark sei ihr in ihrer ganzen Praxis noch nicht vorgekommen. Und was eigentlich mein Onkel denken solle, wenn er uns in München gleich mit ein paar Mannsbildern antommen sehen würde und noch dazu mit zwei solchen. Endlich entschlossen sich die Püger, uns in Ruhe zu lassen. Der ältere von den beiden tätschelte mich noch irgendwo hinten, und er sagte, daß er sich aus Fräulein Mathilde gar nichts machen würde, weil ihm Kalbfleisch lieber wäre. Und daß ich ihm heute abend ganz allein einen Kub geben müßte. Und der andere sagte ganz daselbe zu mir. Sie sahen alle zwei dem Herrn Inspektor aus Kitting ähnlich und auch ein bißchen dem jenseitigen Schweinehändler Kraft — und auch alle anderen Männer, die ich später kannte, sahen einander ähnlich.

Fräulein Mathilde und ich waren die letzten, die durch die Sperre gingen. Ich war kaum zu halten. Aber mein Fräulein hielt mich am Arm fest.

„Sollte mich jemand abholen, dann tuß du, als ob du nicht zu mir gehörst, verziehst du?“ — Ich verstand es nicht, aber ich nahm mir vor, Mathilde nicht aus den Augen zu lassen.

Tatsächlich wurde sie abgeholt. Ihr Onkel stand plötzlich wie aus der Erde gewurzelt vor uns. Aber ich glaube bis auf den heutigen Tag nicht, daß die zwei miteinander vermandt waren. Denn der Onkel sagte zu Fräulein Mathilde:

(Fortsetzung folgt.)

Zurechtweisung der Thüringer Nazi-Regierung

Durch das Reichsgericht — Wegen Verfassungsverletzung

Gera, 15. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Naziregierung in Thüringen hat durch das Reichsgericht eine einzigartige Zurechtweisung erhalten. Sämtliche im Sanktionsgesetz vom 1. Januar 1933 gefällten Strafverurteilungen sind vom Reichsgericht für ungültig erklärt worden. Ueber die Verfassungsbestimmungen hinweg hatte der für die Staatverwaltung in Gera von der Naziregierung eingesetzte Staatskommissar die Auswahl der Schöffen und Geschworenen eigenmächtig vorgenommen. Den Zutritt des Stadtrates, dem diese Auswahlfunktion, durch Einsetzung einer Kommission, zusteht, hatte der Kommissar nicht gebildet. Einige Rechtsanwälte von Gera hatten deshalb beim Reichsgericht die durch die Eigenmächtigkeit des Nazikommissars zustande gekommenen Schöffen- und Geschworengerichte als ungesetzlich angefochten. Das Reichsgericht hat sich dieser Anfechtung angeschlossen und sämtliche Urteile kassiert, die von diesen verfassungswidrig ernannten Gerichten gefällt worden sind. In dem Spruch des Reichsgerichts heißt es: Die Thüringer Naziregierung verstoß, durch die Ernennung von Schöffen und Geschworenen auf anderem als dem vorgeschriebenen Wege sei unzulässig und ungesetzlich.

Dresdener Polizei hat falsch berichtet

Sie muß es selbst zugeben

Dresden, 15. Februar. (Eig. Drahtb.)

Der Polizei-Untersuchungsanspruch des Sächsischen Landtags befahte sich am Mittwoch mit den schweren Zusammenstößen, die sich am 9. November in Chemnitz vor dem dortigen Vereinshaus zwischen SPD. und Reichsbanner bzw. Nationalsozialisten ereignet haben.

Der Vorsitzende, Abg. Neu, gab zunächst bekannt, daß die Regierung allen Beamten die Ausgegengenehmigung verweigert habe, bis eine gewisse gerichtliche Klärung der Chemnitzer Vorfälle und des Mordfalles Hentrich zu verzeichnen sei. Ferner verlas der Vorsitzende ein Schreiben der Regierung, wonach sich die frühere Behauptung der Polizei und der Regierung, daß während der blutigen kommunistischen Versammlung im Regierheim in Dresden aus einem Revolver älterer Konstitution von einem Platz neben der Galerie auf der Galerie geschossen worden sei, nicht aufrechterhalten lasse. Die inzwischen erfolgten Untersuchungen hätten ergeben, daß es sich um ein modernes Geschöß gehandelt habe und daß der Standort des Schützen aus dem Tischlag nicht habe ermitteln lassen.

Die Vernehmung des Oberleutnants Heymann von der Chemnitzer Polizei ergab, daß dieser Polizeioffizier Nationalsozialist ist und die Chemnitzer Polizeileitung während der blutigen Zwischenfälle vor dem dortigen Vereinshaus flagrant verjagt hat. Sie hat keinerlei rechtzeitige Vorstöße getroffen, die Zusammenstöße zwischen den Teilnehmern an der Vereinshaus-Versammlung und Teilnehmern an einer nationalsozialistischen Kundgebung in der Radrennbahn hätten verhindern können. Erst als es bereits zu Zusammenstößen gekommen war, hat die Polizei eingegriffen.

Will Goering wirklich Abhilfe schaffen?

Der nationalsozialistische Reichstagspräsident Goering, der zugleich Reichsminister, Reichskommissar für Preußen und Reichs-Luft-Kommissar ist, hat über die Vorgänge im Ueberwachungsanspruch des Reichstages eine Untersuchung angeordnet. Er wird, wie bekanntlich mitgeteilt wird, dafür Sorge tragen, daß in Zukunft ähnliche Vorfälle unterbleiben.

Auch meine Mutter freute sich nicht!

Fehlritte eines bayrischen Mädchens
Von Eva Leidmann

Copyright 1952 by Zinnen-Verlag Basel, Leipzig, Wien

Fräulein Mathilde war noch nicht da, als ich ankam und auch noch nicht, als der Zug einfuhr. Vor Aufregung wurde mir schlecht, und ich hätte unbedingt irgendwo hingehen müssen. Aber ich wachte mich nicht von der Stelle, wegen meiner Freundin. Endlich, als der Schaffner schon zweimal „Einsteigen!“ gerufen hatte und in mir die Not am höchsten stand, kam meine Schwester. „So“, sagte sie, „nun rufst einsteigen. Los, los, los!“ Nach dem ich endlich und ich nicht so blöd! Das hab ich ja gar nicht bemerkt, daß du so laudumm bist. Du scheinst ja eine reizende Belastung zu werden, wenn es so weiter geht!“ — Fräulein Mathilde lugerte mich ins Abteil. Sieh dich doch schon endlich nieder, blödes Luder, du läufst ja auf!

Fräulein Mathilde war sehr wütend. Es tat mir leid, daß sie sich meinethalben so abgeren müßte; aber ich konnte beim besten Willen nicht mehr schlafen, sondern nur immer von einem Bein aufs andere treten. Da meine Freundin immer noch nichts von meiner tiefen Not bemerkte, mußte ich doch inhaltlich sagen, daß ... Jetzt sagte Mathilde sehr herzlich und war mir gar nicht mehr böse. Sie sagte, ich hätte mich doch gleich melden sollen, denn das sei weiß Gott die natürlichste Sache der Welt, und sie zeigte mir die richtige Tür. Als ich zurückkam, war ich wie ausgewechselt und gar nicht mehr unbehaglich. Fräulein Mathilde sah mir ein Paket zum Nachhaken mit Würst, Käse und Bratendosen, die ich so gern essen möchte. Im Sandumdröben war ich damit fertig. Aber meine Freundin sagte, ich sei doch ein ungehobelter Trampel, und ohne jede Kultur. Dabei ist so komisch, daß ich durch meine Dummheit allein ans Ziel kommen würde, denn gerade die Widder seien es, die das meiste Glück haben.

Uns vis-à-vis saßen zwei Herren. Die schauten die ganze Zeit blickend auf uns. Vielmehr auf Fräulein Mathilde. Sie waren insofern sehr freundlich, als sie Fräulein Mathilde von

ihrer Salami anboten. Sie wollte zuerst nicht; aber dann nahm sie doch, und so kamen wir mit den Herren ins Gespräch. Sie sagten, daß sie Lust hätten, mit den Damen eine Pilgerfahrt zu unternehmen, und es müßte nicht direkt Alldiötung sein. Fräulein Mathilde meinte, daß einer Pilgerfahrt nicht viel im Weg stünde, und wenn wir uns einmal in München treffen würden, könnten wir einen schnelldigen Bummel unternehmen. Vielleicht noch heute Abend.

Die Waffner wollten aber schon am Nachmittag mit uns zusammen sein, weil sie einen Ort wählten, wo man gut essen und sans unter sich sein konnte. Dort lagerten sie auch den Keller, der immer die Vorzüge hatte. Aber Fräulein Mathilde sagte, sie könne erst am Abend, weil sie diebstahl von einem Verwandten, einem Onkel, am Bahnhof abgeholt werden würde. Vielmehr, es wäre der Onkel, von dem sie sagte, daß sie ihn gar keinen Onkel habe und auch keinen Vater. Da lachten sie so, daß sie sich den Bauch halten mußten. Einer der Püger sagte, daß sie sich so etwas Ausgefallenes um keinen Preis entgehen lassen könnten, und der andere erkundigte sich nach meinem Alter. Fräulein Mathilde antwortete laut meiner, und sie sagte, ich wäre eben wasjans geworden. Dann machte sie mit den Herren ein Stellbilde ab, in der Nähe der Sendlingerstraße. Und damit die Verabredung auch gewiß sei, müßten uns die Püger doch einen kleinen Beweis geben, ein kleines Pfand zu setzen, denn der Mensch sei ein vergebliches Wesen. Darauf gaben uns die Püger zwei Hühnerhälften, und weil ich keine Handtasche hatte, steckte ich das meine in den rechten Strumpf. Ich nahm mir vor, aus Unabgänglichkeit an meinen letzten Freund, den Schweinehändler Kraft, wieder ein Schwein als Sachbühne zu kaufen.

Fräulein Mathilde sagte, dann noch die Herren möchten am Münchner Hauptbahnhof ruhig vorbeigehen und sich gar nicht um uns kümmern. Im Gegenteil, sie sollten so tun, als ob sie uns noch nie im Leben gesehen hätten.

In Mühlberg hatten wir längeren Aufenthalt, und wir sangen ein wenig vor dem Zug an und ab. Fräulein Mathilde trat ein paar Bekannte mit grünen Püchchen und goldenen Uhren, woran viele Taler und Dirhmandl hingen. Es waren Pferdehändler, wie ich aus ihrem Reden vernahm. Auch wir waren sehr nett, und einer amüßte mich gleich. Um nicht für so dumm zu gelten, erzählte ich, daß ich auch einen Viehhändler gekannt hätte, den Schweinehändler Kraft aus Reichbach. So, den Schweinehändler! Ja, der hat die kleinen Saierln gut leiden mögen. Jetzt klinkt er schon.“



Aus dem Stadtgebiet

16 Februar 1933

Deferteure und Kämpfer Einer ging und 35 kamen

Die Sorge des Menschen um seine Existenz, um sein tägliches Brot ist — das sagen wir Sozialdemokraten mit aller Nachdrücklichkeit — eine durchaus verständliche und natürliche Angelegenheit. Es ist die Basis, auf der sich das Leben aufbaut, das über ein kümmerliches Existenzminimum hinaus bei jedem Kulturmenschen um Geltung und Ausbruch ringt. Der von blöden Schwärmern so viel verfehmte Materialismus der Marxisten ist eben in Wirklichkeit nichts anderes als die Bemühung, über ein nacktes Existenzminimum hinaus auch der Arbeiterschaft Kulturwerte zuzukommen zu lassen.

Diesem berechtigten Streben der Arbeiterschaft um die gerechte Anteilnahme am jeweiligen Kulturstand einer Nation ist entgegen gestellt das bürgerliche Besitzinteresse, das hauptsächlich Ausdruck in der Anhäufung toten Geldes findet. Dem alles andere untergeordnet wird. Von dem lächerlichen Geiz des kleinen Mannes bis zur rücksichtslosesten kapitalistischen Profitmacherei kennt man hier die verschiedensten Variationen.

Der Kampf der Arbeiterschaft um ihren Anteil am jeweiligen Kulturstand der Menschheit ist ein sozialer Kampf, muß sein in dieser Welt der sozialen Gegensätze ein Klassenkampf. Bürgerlich kapitalistisches Besitzinteresse ist zunächst eine individuelle Angelegenheit, auch dann, wenn in organisierter Form darum gekämpft wird. (Der Ostfriesenandal ist ein treffliches Beispiel, wie rein individuelle Interessen ideologisch umfleeht, von einer gesellschaftlichen Machtsgruppe durchgesetzt werden.) Der entscheidende Unterschied liegt eben darin, daß der Arbeiter in seinem sozialen Kampf immer bereit war und ist, daß aber der Spießbürger stets andere für sich opfern läßt. Ein solcher rein individueller Mensch wird darum jeweilig dort Schutz suchen, wo er persönlich am gesichertsten ist.

Warum nun aber in dieser Zeit solche Nachdenklichkeiten? Zwei Ereignisse innerhalb unserer Partei mahnen zu solcher Betrachtung. Ein höherer Beamter des Provinzialhochschulsystems — wir wollen, damit er eine billige Opferrolle bei unseren Klassengegnern hat, seinen Namen nicht hier nennen, — Herr Oberlehrer Tischerig, hat es für zweckmäßiger gehalten, seine Karriere nicht durch weitere Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei zu gefährden. Er ist nach „vierzehnjähriger Mißwirtschaft“ als ehemaliger „Novemberverbrecher“ aus unserer Partei ausgetreten. Und hofft, nun bei dem in diesen Tagen zu erwartenden weiteren Abbau in der Schulverwaltung nicht auf der Liste der „Aussauber“ zu stehen.

In der gleichen Zeit, als diese seine kurze Austrittserklärung unbegründet auf dem Wege zum Parteisekretariat war, sind in einem einzigen eingemeindeten Distrikt 35 Neuaufnahmen an einem einzigen Tage gemacht worden. Beamte waren nicht darunter. Auch diese 35 Kämpfer hätten den Finger nach machen und sehen können, aus welcher Richtung augenblicklich der Wind weht. Sie hätten auch bei den Nazis einzutreten oder die Mitgliedschaft bei der NSD. erwerben können. Sie hätten auch eine schöne braune gratis und franko gelieferte SA-Uniform anziehen können. Sie zogen es aber als ehrliche Klassenbewußte Arbeiter vor, in dieser Zeit in die Organisation einzutreten, die am schwersten zu kämpfen hat. Sie bezogen nicht wie so mancher Beamte die Linie des geringsten Widerstandes, sondern suchten das Kampffeld ihrer Klasse. Einer Gesinnungsumperlei stand ein 35-jähriges Klassenbewußtsein gegenüber. Bravo!

Sehen wir noch etwas deutlicher den Unterschied. Da ist der gebildete Schulmann, der um seiner Gestattung — in besseren Zeiten versteht sich — stärkeren Ausdruck zu verleihen, aktiv auch bei unseren entschiedenen Schulreformern tätig war. Bei der geringsten Aussicht, auch nur einen Bruchteil eines Gehaltes, den Unterschied des jetzigen Gehaltes zur Beurlaubtenpension zu verlieren, gerieten alle diese Fundamente ins Wanken. 35 Arbeiter aber haben für sich selbst heute gar nichts zu erwarten; sie wollen nur für ihre Klasse und für ihre Zukunft kämpfen. Und glauben dies besser in der Kampforganisation einer proletarischen Partei tun zu können. Ist das kein Unterschied, Herr Oberlehrer! Ein solcher Reinigungsprozeß macht uns nur erfreut, er schafft klare Fronten. Wer heute von uns geht, wie wenige sind es im Grunde genommen, beweist nur, daß er auch in den sieben letzten Jahren nicht zu uns gehörte. Wer heute der Partei auch von solchen wohl etwas härter exponierten Mitgliedern bei uns bleibt, zeigt die Bereitschaft auch für die Sache der arbeitenden Klasse in der kommenden Zeit kämpfen zu wollen. Gut so, vor den Beamten, die auch heute sich lieber jede Maßregelung gefallen lassen, als daß sie ihrer Organisation den Rücken kehren.

Mögen vielleicht noch einige Deferteure zum Klassenfeind überlaufen oder sich hinter die Gitter eines politischen Gefangenenlagers begeben, wenn weiterhin an die Stelle eines Deferteurs auf einen Schlag 35 neue freiwillige Kämpfer treten, dann brauchen wir in der hertigen wie in der kommenden Zeit keinen Kampf zu fürchten. Unser Klassengegner hat bereits aufgegeben uns wegen solcher vereinzelter Austritte zu kümmern. Er weiß besser als wir, was jetzt in Regierungsvorjimmern und den Parteibüros der „nationalen Einheitsfront“ für ein für merkwürdiges Gedrängel stattfindet.

Prozesse ums tägliche Brot Ein Opfer der Sonderjustiz

Die Zeit der Sonderjustiz des Herrntklub-Kabinetts ist vorbei; die Amnestie hat die juristischen Härten, die entsetzlichen Folgen einer völlig unzureichenden Prozeßvorbereitung zu Lasten der oftmals unverteidigten Angeklagten im wesentlichen ausgeglichen. Nicht ausgleichbar sind jene — in der heutigen Zeit millionenfach unverwerteter menschlicher Schöpfungsraft allerdings seltenen — Fälle, in denen die Opfer der Sonderjustiz um ihre Stellung kamen.

Ein erschütterndes Beispiel, welchen Umfang der Tragödie irgend ein unbedeutender politischer Zusammenstoß in diesem Zusammenhang haben kann, wurde kürzlich vor der Reichsbahn-Kammer des Breslauer Arbeitsgerichts verhandelt. Wegen einer Bagatelldiebstahl, die vielleicht sonst mit einigen Mark Geldstrafe geahndet worden wäre, geriet im Oktober 1932 der dem Zentrum nahestehende Bahnarbeiter R. von der Bahnmehrfabrik W a t s h a u vor das Glaser Sondergericht. R. war mit seinem Sohne zu einem Vergnügen des katholischen Jungmännervereins, also einer Organisation, die selbst jetzt noch nicht als staatsgefährlich angesehen werden dürfte, gegangen. Dort trafen sie einen Nazimann, der den jungen R. schon verschiedentlich angepöbelte hatte. Der Vater R. ging auf ihn zu und fragte ihn, was er eigentlich als Nazi auf einer katholischen Veranstaltung mache; es gab einige gereizte Worte und schließlich wurde der Nazimann, vollkommen anständig, von Anderen abgeführt an die frische Luft befördert. Alle daran Beteiligten wurden von dem Glaser Sondergericht gemäß Terrorverordnung zu wahnwitzig hohen Gefängnis- und Zuchthausstrafen, R. jen. als „Rädelsführer“ gar zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

R., der gar nicht begriffen hatte, daß die Sonderjustiz eine besondere Sache sei, ging im Gefühl völliger Unschuld vor Gericht und gab nach dem unheilvollen Rat guter Freunde an, ihn befalls immer, wenn er einen Nazi sehe, eine besondere Erregung, daß er dabei direkt zittere. Nach der Amnestie meldete er sich dann wieder zum Dienst, da er bis dahin von der Reichsbahn nicht entlassen worden war. Nun kam man aber darauf, daß hier ein „Staatsverbrechen“ besonders gefährlicher Art offenbar die Reichsbahn zu bolschewistischer Verführung und künftigen dem Mann, der sieben Kinder, von denen nur zwei ein wenig verdienen, zu verjagen hat. R. leiste Einspruch ein, da diese Kündigung als unbillige Härte gemäß § 84, 3 anzusehen sei. Kollege Brö h vom Einheitsverband der Eisenbahner legte in der Verhandlung vor der Reichsbahn-Kammer dar, wie R. sich seit dreißig Jahren stets im Dienste der Bahn bewährt habe, daß niemand, der ihn kenne, das Glaser Sondergerichtsurteil zu billigen vermöge, daß Gemeinderatsherr, Ortskaplan (!), ja sogar der eigene Dienststellenleiter und das Betriebsamt der Bahn ihm stets nur das beste Zeugnis ausgestellt hätten.

Aber auf Herrn Graf Lambsdorff machte das alles keinen Eindruck. Er ist auf die Sicherheit der Bahn bedacht und meint, daß jemand, der „die öffentliche Sicherheit störe“, nicht Bediensteter einer Bahn sein könne, die doch sowas dem Dienst am Kunden zu verrichten habe. Wenn aber einer beim Umkleen eines Nationalsozialisten in Erregung verfallt, nein, das gehe wirklich nicht. Wie mag der Herr Vertreter der Reichsbahn beim Arbeitsgericht wohl argumentieren, wenn etwa ein Bediensteter der Bahn in solche Erregungszustände gerät, sofern er einen Samstagskern oder ein Freiheitskämpfer sieht, so etwas soll es auch geben? Ob der Herr Graf da ebenso empfindlich ist? Wir möchten diese Frage nicht ohne weiteres beantworten. Aber dem äußeren Eindruck nach könnte man in Versuchung kommen, dies zu bezweifeln.

Das Arbeitsgericht entsprach den Gesichtspunkten der Reichsbahn; es liege eine „strafwürdige Handlung“ vor, auch wenn sie amnestiert wurde und infolgedessen könne man eine unbillige Härte hier nicht anerkennen. Graf Lambsdorff konnte also nicht dem Gefühl tiefster Verleumdung nach Hause bzw. in sein Amt gehen. Es ist ihm gelungen, einen Mann, der dreißig Jahre

im Dienste der Bahn stand, der dazu kein Bolschewik, sondern ein treuer Sohn seiner Kirche ist, aber die Annahme bejaht, einem Nazi nicht mit der bei der Reichsbahn erforderlichen Liebenswürdigkeit — außerhalb des Dienstes wohlwollend — zu begegnen, um sein tägliches Brot zu bringen, eine ganze Familie in bitterste Not zu führen. Wir gratulieren zu diesem Erfolg.

Wenn die Inventur nicht stimmt ...!

Trotzdem ja allgemein bekannt ist, welche schweren Stand der Konsumverein „Vorwärts“ hat, um sich in der Wirtschaftskrise zu behaupten, versuchen bedenklose Verleumder immer wieder den Verein durch haltlose Klagen zu schädigen. Mit welcher beispiellosen Frechheit dabei vorgegangen wird, bewies vor einigen Tagen ein Prozeß vor dem Arbeitsgericht. Dort hatte der Buchhalter A. den „Vorwärts“ auf Nachzahlung von 21 Monatsgehältern in Höhe von 4872 Mark verklagt. Er war am 6. Dezember 1929 fristlos entlassen worden, weil er im Interesse eines Lageristen einen Lieferanten gefälscht hatte. Durch die rechtzeitige Aufdeckung der Fälschung gelang es weder dem Buchhalter, noch dem Lageristen, sich einen Vorteil zu verschaffen. Jedoch müssen die Beziehungen zwischen diesen beiden Angestellten auch sonst sehr gute gewesen sein, denn A. soll einmal zu dem Lageristen gesagt haben: „Wenn einmal die Inventur nicht stimmt, dann komm nur zu mir, wir werden die Sache schon machen.“

Nach seiner fristlosen Entlassung klagte A. bereits einmal im Februar 1930 auf Nachzahlung von Tarifdifferenzen, wegen angeblich falscher Eingruppierung. Er nahm jedoch dann die Klage wegen Aussichtslosigkeit zurück. Es ist bemerkenswert, daß A. während der nachfolgenden Zeit sich nie mehr dem „Vorwärts“ zur Verfügung stellte und auch keine Ansprüche stellte. Erst kurz vor Ablauf der zweijährigen Verjährungsfrist stellt er die durch nichts gerechtfertigten Ansprüche auf Nachzahlung von zwei Jahren Gehalt auf. Durch das seinerzeit gegen ihn eingeleitete Strafverfahren wurde der Ausgang des Prozesses aber um ein weiteres Jahr verschoben. A. wurde in der zweiten Instanz allerdings freigesprochen, doch wurde er vom Arbeitsgericht mit der Begründung abgewiesen, daß es fest steht, daß er an einer Handlung, die gegen die Interessen des Betriebes gerichtet war, beteiligt war und das nötige Vertrauen zu ihm berechtigter Weise geschwunden sei. Der beklagte „Vorwärts“ sei daher nicht gezwungen, den Kläger weiter zu beschäftigen.

572 Mark Manto in der Kasse!

Trotzdem jeder Betrug zu verurteilen ist, muß ein Betrug und auch jeder Versuch des Betruges, den ein Arbeiter gegen ein Arbeiterunternehmen, wie es der Konsumverein „Vorwärts“ ist, ausführt, doppelt verdamniswürdig erscheinen. Der Lagerhalter E. dachte aber anders. Obwohl er über vier Jahre beim „Vorwärts“ beschäftigt war, mußte er, da sich die Verluste in seinem Lager bis auf 572 Mark anhäufelten, am 31. Dezember 1929 fristlos entlassen werden. Da er aber noch einige Guthaben, in Form von Umsatzprovisionen, Penzionsbeiträgen und Kautionsgeldern hatte, wurden diese, was jedem ganz selbstverständlich erscheinen muß, mit dem Manto verrechnet. Da für E. noch ein Ueberblich von 10,99 Mark übrig blieb, holte er sich diese Summe einige Tage später ab. Der Vorstand mußte daraus schließen, daß sich E. mit der Mantoverrechnung einverstanden erklärte. Er ließ auch darauf fast zwei Jahre fast nichts mehr von sich hören, und erst ganz kurz vor Beginn der Verjährung forderte er die Auszahlung der verbleibenden Guthaben. Auch dieser Prozeß wurde, wie beim ersten Fall, durch das eingeleitete Strafverfahren unterbrochen, und konnte erst in den letzten Tagen zu Ende geführt werden. Aber auch E. teilte das Schicksal des Buchhalters A., denn er wurde wie voraus zu sehen war, mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen. Da E. den Reiberraq von fast elf Mark abgeholt hatte, hatte er die Richtigkeit der Abrechnung anerkannt, er kann daher auch nicht die Guthaben, die auf sein Manto anzurechnet wurden, noch einmal verlangen.

Tragischer Tod

In der Nacht zum Mittwoch erlitt die 56jährige Ehefrau Sch. auf dem Abort ihrer Wohnung einen Krampfanfall. Sie kürzte und verschlug die mitgenommene Laterne, worauf ihre Kleidungsstücke Feuer fingen und die Unglückliche so schwere Brandverletzungen erlitt, daß sie an den Folgen bald nach der Einlieferung an das Allerheiligen-Hospital starb.

SPD.-Betriebsvertrauensleute

Freitag, 20 Uhr, findet im Ausstellungsraum Gewerkschaftshaus, Gartenhaus, eine sehr wichtige Zusammenkunft aller SPD.-Betriebsvertrauensleute statt. Jeder Betrieb muß vertreten sein. Parteibuch ist als Ausweis mitzubringen.

Wir schaffen es doch!

Die Eiserne Front ruft Euch!

Sonntag, 10.30 Uhr:

Kundgebung im Zirkus Busch

Es sprechen: Der „beurlaubte“ Regierungspräsident und Reichstagsabgeordneter

Simons

Wendemann

Gemeinsamer Einmarsch der Stadtteil-Gruppen / Ab 9 Uhr: Einlaß und Konzert der

Vollmusik / Eintrittspreise: 10 Pf., 20 Pf., 35 Pf., und 1 Mark.

Tariflos — rechtlos?

Su den Tarifänderungen an der Ruhr

Der Vorstoß der Schatzmacher zur Zerstörung des Reichsarbeitsministeriums, der unmittelbar nach der Bildung der Hitlerregierung einsetzte, ist — weil plötzlich noch einmal Reichstagswahlen anderaumt wurden, für den Augenblick zum Stillstand gekommen. Aufgehoben ist aber nicht aufgehoben. Nach den Wahlen wird die Brechlänge wieder angelegt werden. Bestünde keine Gefahr mehr, dann hätte es der Reichsarbeitsminister nicht nötig, ausdrücklich vor der Öffentlichkeit zu erklären, er sei kein Feind des Arbeits- und Tarifrechts. Bestünde keine Gefahr mehr, dann hätten es auch die Stahlheimorgane, wie z. B. die „Kreuzzeitung“, nicht nötig, ausdrücklich gegen eine Zerstückelung des Reichsarbeitsministeriums Front zu machen.

Alle Beruhigungsvorläufe ändern nichts an der offenkundigen Tatsache, daß der Vorstoß der Schatzmacher gegen das Reichsarbeitsministerium ein Stück einer ganz bestimmten Marschroute darstellt. Bei diesem Vorstoß handelt es sich nicht um eine technische Umorganisation der Ministerien, sondern um etwas ganz anderes: um die Zerstückelung des Reichsarbeitsministeriums. Die Kündigung der Tarifverträge im Ruhrbergbau und der Vorstoß zur Zerstückelung des Reichsarbeitsministeriums stehen in einem inneren Zusammenhang. Die Schwerindustrie will einen tariflosen Zustand herbeiführen, sie will Unbegrenztheit haben. Sie läßt sich beugen und behindert, solange es noch im Reichsarbeitsministerium eine Lohn- und Arbeitsrechts-Abteilung gibt. Die Kündigungsaktion des Zechenverbandes kann auch mit rein wirtschaftlichen Argumenten kaum begründet werden. Der Zechenverband will mehr als nur eine neue Verschlechterung der Löhne. Entscheidend ist für ihn die Wiederherstellung der völligen Bewegungsfreiheit der Zechenherren.

Die „Bergbauindustrie“, das Organ des freien Bergarbeiterverbandes, erinnert im Zusammenhang mit der Kündigung der Tarife durch den Zechenverband an die Rede, die Dr. Brandl anlässlich der Tagung des Bergbauvereins und des Zechenverbandes am 10. Mai 1931 gehalten hat. Damals führte Brandl u. a. aus: Man mache die deutsche Wirtschaft endlich wieder frei. Und man gebe dem deutschen Bergbau wieder die alte Freiheit. Man mache ihn wieder frei von der Lohnzwangs-wirtschaft und einem als unheilvoll erkannten Schlichtungs-wesen. In heutiger Not ist kein Raum mehr für staatliche Lohnpolitik.

Wenn es nach den Wünschen der Zechenherren geht — betont die „Bergbauindustrie“ — werden Schlichtsprüche überhaupt nicht mehr gefällt und verbindlich erklärt. Die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden vielmehr dem freien Kräftepiel überlassen. Diese Vermutung ist umso naheliegender, weil die „Deutsche Bergwerkszeitung“ bei dem Zustandekommen der Hitler-regierung ganz offen erklärte, die Arbeiterschaft könne in Zukunft nicht mehr in dem bisherigen Maß bei Tarif-konflikten auf die staatliche Hilfestellung rechnen. Offenbar stützt das Organ der Zechenherren seine Hoffnungen vor allem darauf, daß Eugen Berg Reichswirtschafts-minister geworden ist. Er hat auf der gleichen Tagung des Zechenverbandes als Wortführer des großkapitalistischen Unternehmertums wörtlich folgendes erklärt:

„Meine sehr verehrten Herren! Was kann und darf der ver-parlamentarisierte und halbsozialisierte Unternehmer von heute noch tun? Er darf Zechen stilllegen, Fabriken schließen, deutsche Werkstätten und andere Unternehmungen an das Ausland ver-legen oder ungeheure Steuern und rote Lasten aufbringen und sich darüber mit den Finanzämtern auseinandersetzen. Er darf Fiskusstellen verschaffen lassen und mit dem Staat und anderen marxistischen oder halbmarxistischen Organisationen um die Er-haltung des Restes der Wirtschaft kämpfen — kurz: ein Dasein voller produktiver Lebensfreude.“

Nach diesen Auslassungen — betont die „Bergbauindustrie“ — müssen die Bergarbeiter annehmen, daß Eugen Berg den Wünschen des Zechenverbandes weitgehend Rechnung trägt. Endlich wäre also der Zeitpunkt ge-kommen, wo man den tariflosen Zustand herbeiführen kann. Prak-tisch ist dieses Ziel verhältnismäßig einfach zu erreichen. Beide Tarifverträge sind gekündigt, und da erfahrungsgemäß eine Ver-einbarung zwischen den Tarifparteien über wesentliche Streit-fragen schlecht möglich ist, braucht man nur in dem schwebenden Tarifkonflikt von Schlichtsprüchen abzusehen oder diese nicht für verbindlich zu erklären, und das reaktionäre Unternehmerziel: der tariflose Zustand, ist erreicht.

Nicht nur die Ruhrbergarbeiter und nicht nur alle deutschen Bergarbeiter, sondern die gesamte Arbeiterschaft muß für den 5. März, für den Wahltag, und darüber hinaus alle Kräfte mobilisieren. Tarifrecht ist Menschenrecht. Tariflosigkeit ist der Anfang, Rechtlosigkeit das Ende.

Die Gelben rühren sich

Die Gelben schiden sich an, jetzt auf der ganzen Linie ihre Anerkennung als wirtschaftliche Arbeitnehmervereinigungen im Sinne der Sozialgesetzgebung zu erzwingen. Sie wollen in den sozialen Körperlichkeiten ihre Wähler- und Zerstückelungsarbeit schärfer als bisher fortführen. Die Arbeiter-gruppe des Kommunisten-Landbundes fordert eine Vertretung im Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts Pommern. Im Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-versicherung ist deshalb ein „kommerzieller“ ausgebildeter Arbeitgeber, Behördensprecher und der stellvertretende Vor-sitzende der Reichsanstalt stehen gegen die Gewerkschaften. Diese sind selbstverständlich gegen eine Anerkennung der Gelben und also auch gegen ihre Vertretung im Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts Pommern. Eine Erfüllung der Forderung der Gelben würde die Parität zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber völlig aufheben; denn bei allen Bestimmungen würden die Arbeitgeber zusammen mit dem Vertreter der land-bündlichen „Arbeitergruppe“ überwiegen.

Die Vertreter der Gewerkschaften im Vorstand der Reichs-anstalt lehnten es ab, an einem Beschluß mitzuwirken, der den Grundgedanken des Gesetzes, die Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, vernichtet. Die letzte Entscheidung liegt bei dem Reichsarbeitsminister. Wird Herr Selbde noch vor der Wahl seine Entscheidung treffen? Eine Ent-scheidung zu Gunsten der Gelben wäre eine Entscheidung gegen die Gewerkschaften; denn gelbe, von den Unternehmern ab-hängige Organisationen sind nun einmal keine Gewerkschaften.

Die „Gewerkschaft“ verboten

aber es wird sie nichts nützen

Wie bereits kurz gemeldet, ist die „Gewerkschaft“, das Organ des Zechenverbandes, mit ihren Kreisblättern auf Grund des § 9 Absatz 1 Ziffer 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar 1933 und in Verbindung mit den §§ 81 bis 88 des Strafgesetzbuches bis zum 26. März verboten worden.

Das Verbot erfolgte wegen eines „Eingefandt“ aus Kollegen-treffen in Nr. 6 der „Gewerkschaft“ vom 11. Februar.

Die Veraktion des Gesamtverbandes hat in den letzten Monaten überaus erfolgreiche Resultate erzielt. Die Ortsverwaltung Berlin konnte bis Ende Januar 4356 Neuaufnahmen verzeichnen, Hamburg 1800, Rheinland 860 (darunter Adis 533), München 675, Bremen 258. Vier Orte und ein Bezirk verzeichnen 8000 Neuaufnahmen. Die Gesamtzahl der Neuaufnahmen seit Beginn der Werbeprobe beträgt über 14 000. Der Gesamtverband befindet sich im Aufstiege — trotz allem und alledem.

Die Vorverhandlungen der Tarifparteien des Buchdruckgewerbes

sind augenblicklich unterbrochen. Am 20. Februar soll die Aus-sprache über die Anträge zu den Druckerbestimmungen ab-geschlossen werden. Danach kommen die noch verbliebenen Anträge für die Sonderbestimmungen der Maschinenfeger an die Reihe, und alsdann will man die Einzelanträge zum Ortszuschlag-verzeichnis erledigen.

Bei all diesen Beratungen handelt es sich nur um un-verbindliche Teilarbeiten im Rahmen der geplanten Tarif-verhandlungen, die infolge der beiderseitigen Kündigung des Manteltarifs im März ausgenommen werden müssen.

Ein deutschnationaler „Musterbetrieb“

Gehaltsabzugszahlungen von 1,50 RM. aufwärts

Erbauliche Zustände in einem deutschnationalen Zeitungs-unternehmen enthält ein Prozeß vor dem Frankfurter Arbeits-gericht.

Der frühere Verleger des deutschnationalen „Frankfurter Post“-Blattes, wurde zur Rückzahlung von 465 RM. und der Sozialisten an den Kleinrenten des Blattes verurteilt. Sechs Monate hindurch hatte dieser für monatliche Beträge von 25 bis 30 RM. die ganze Zeitung allein redigiert und zeitweise als Minderjähriger — er war damals 20 Jahre alt — verant-wortlich gezeichnet. Nicht einmal sein jämmerlich niedriges „Gehalt“ hatte der junge Mann auf einmal erhalten, sondern auch dies nur „tropfenweise“ bis zu „Arbeitsloshilfen“ von 1,50 RM. herunter. Daß der deutschnationale Arbeitgeber den Klein-rentner weder zur Krankenkasse noch zur Angestelltenversicherung angemeldet hatte, versteht sich von selbst. Andererseits zahlte der Verleger für zwei Theaterkritiken an einen deutschnationalen Staats-anwaltschaftsrat 20 RM.

Der Lohnabbauwahnsinn

treibt unter dem Regime der Harzburger Front neue Blüten. Der Verband Schlesiener Metallindustrieller fordert eine neue Kürzung der mehr als färglichen Stundenlöhne um anderthalb bis dreieinhalb Pfennig. Die Arbeiter sollen ebenfalls herabgesetzt werden. Die schlesischen Metallarbeiter werden sich gegen diese aufreizenden Verschlechterungen mit allen Mitteln zur Wehr setzen.

Der schlesische Malerbund hat den Lohnvertrag für Ober- und Niederschlesien zu Ende Februar gekündigt; für Rheinland-Westfalen wurde ebenfalls von den Arbeitgebern der Lohnvertrag zum gleichen Termin gekündigt. Vom Reichsbund des deutschen Maler- und Radiererhandwerks ist der Reichslohnvertrag zu Ende März gekündigt worden. Damit wären im wesentlichen die für das Reich bestehenden Lohnverträge im Malergewerbe gekündigt.

Abstimmung über das Krümpersystem

auf den niederschlesischen Gruben

Auf den Gruben der Niederschlesischen Berg-werks A.-G. in Waldenburg besteht seit anderthalb Jahren das Krümpersystem, durch dessen Einführung die Entlassung von 800 Bergarbeitern verhindert wurde. Da die Kommunisten unangenehm gegen das Krümpersystem agitieren, erfolgte dieser Tage eine Abstimmung unter der Beleg-schaft. 77 v. H. der Belegschaft sprachen sich für Bei-haltung des Krümpersystems aus.

Ein Veteran der französischen Gewerkschaftsbewegung

der beigeordnete Sekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Jules Lapiere, ist im Alter von fast 60 Jahren in Ver-falles gestorben. Lapiere war vom Beruf Metallarbeiter. Seine besondere Leistung ist nach der Schaffung des Landesauschusses der Gewerkschaften die Organisation der Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Departementsverbänden. Lapieres Sohn ist Generalsekretär des französischen Lehrergewerkschaftsverbands.

Proteststreik der polnischen Bergarbeiter

am 1. und 2. März

In Polnisch-Oberschlesien beschloß der unter sozia-listischer Führung stehende Zentral-Bergarbeiterver-band, am 1. und 2. März als Protest gegen die neuen Lohn-abbaupläne der Unternehmer in der gesamten Montanindustrie Oberschlesiens, Arafans und des Dombromauerbezirks einen zwei-tägigen Generalkstreik durchzuführen. Dem Beschluß des Zentral-Bergarbeiterverbandes haben sich auch die übrigen Berg-arbeiterverbände, ja sogar der unter Regierungseinfluß stehende Verband, angeschlossen.

Die Unternehmer, die mit Wirkung ab 1. März die Tarif-verträge gekündigt haben, fordern für den Bergbau eine Lohn-kürzung um 15 Prozent, für die Hüttenindustrie eine solche um 25 Prozent und darüber hinaus Verschlechterung des Urlaubs wie der Kohlendeputatlieferungen. Der Zentral-Bergarbeiter-verband verlangt Einführung der 36-Stundenwoche ohne Lohn-kürzung und Verkürzung der Gruben.

Die Nationalsozialisten schweigen sich zur Frage der Lohnerhöhung aus

Die Futtertrippe ist ihnen wichtiger

Quittiert ihnen am 5. März

wählt sozialdemokratisch Liste 2

Die Rake im Gock

Das deutsche Volk soll wählen. Wenn man recht hört, soll es sogar für lange Zeit zum letzten Mal wählen. Die Bedeutung der Wahl ist also ganz gewiß groß genug. Trotzdem hält es die Regierung nicht für nötig, der Öffentlichkeit etwas genauer und klarer zu sagen, wie sie die Wirtschaft zu meistern gedenkt. Ein Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung ist wie selbst in der Reichspresse mit einigem Kummer festgehalten werden muß, bisher noch nicht bekannt geworden. Der Wahlkampf wurde von den Prominenten des neuen Kurzes mit einigen schwungvollen Reden eingeleitet, aber auch diese Reden brachten keine Klarheit über die Frage der Rake: über den Weg, der zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit bestritten werden soll. Merkwürdig berührt besonders die Tatsache, daß die Regie-rung nicht einmal über die Arbeitsdienstpflicht Klareheit gibt. In dem Aufruf der Reichsregierung heißt es ausdrücklich, zu den Grundpfeilern des wirtschaftlichen Reorganisationsplans gehöre der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht. Wenn das so ist, dann will die Öffentlichkeit nicht wissen, was der oder jener Frachdeurbeiter der NSDAP, was ein Oberst a. D. Hierl oder sonst jemand über die Arbeitsdienstpflichtfrage zu sagen hat.

Die Öffentlichkeit will wissen, was die Regierung will

Will die Regierung erst nach den Wahlen etwas genauer sagen, wie sie sich die weitere Gestaltung des Arbeitsdienstes vor-stellt? Oder hat sie selber noch keine Vorstellung von dem, was eigentlich werden soll. Allem Anschein nach geht es den neuen Herren genau so wie anderen Sterblichen: „Ich sitz bei-einander wohnen die Gedanken, doch hat im Kanne stehen sich die Sachen.“ Die Durchführung der Dienstpflicht ist aller-dings etwas schwieriger als das Reden über diese Idee. Stellt man sich bei dem ersten Schritt, den man zur Durchführung unternehmen möchte?

Bis jetzt ist absolut nicht zu erkennen, woher der Riesens-bagen Geld genommen werden soll, den die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht erfordern würde. Ungefähr eine halbe Mil-liarde wäre notwendig. Der Gauleiter der NSDAP für Medien-burg, Reichstagsabgeordneter Hildebrandt, erklärte vor einigen Tagen auf einer nationalsozialistischen Kundgebung, die neue Regierung werde die Arbeitsdienstpflicht für Jugendliche im Alter von 19 bis 21 Jahren einführen. Beruft man aber nur die Neunzehn- bis Einundzwanzigjährigen ein, so wären das schon 617 200 Mann, von denen jeder nach den Erfahrungen des Frei-willigen Arbeitsdienstes das Jahr über mindestens 1000 Mark kostet; denn viel billiger als der F.M. kann die Arbeitsdienst-pflicht auch nicht sein. Wo soll die halbe Milliarde herkommen? Nach wie vor ist auch absolut nicht zu sehen, wie die durch den Arbeitsdienst und noch viel mehr durch die Arbeitsdienstpflicht zwangsläufig entstehenden Schädigungen der Wir-tschaft vermieden werden sollen. In der Unternehmerrpresse wird nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeits-dienstpflicht unter allen Umständen der freien Wirtschaft Kon-turrenz machen werde; ja es sei sogar wahrscheinlich, daß die ge-plannten Eingriffe die Konjunktur nicht fördern, sondern schwächen. Jedenfalls werde die Arbeitsdienstpflicht unter allen Mitteln der Arbeitsbeschaffung das Schlimmste sein.

Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, klar gesagt zu bekommen, wohin die Reise geht. Kann man die Arbeits-dienstpflicht nicht durchführen, dann soll man es sagen. Kann und will man sie durchführen, dann soll man Klare-heit schaffen. Das Volk kann doch nicht bei der Wahl die Rake im Gock laufen.

Befestigung der Kleinen Entente

Umwandlung in ein Schutz- und Treuhändnis — Enger politischer und wirtschaftlicher Zusammenschluß der drei Länder

Genf, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Außenminister von Jugoslawien, Rumänien und der Tschechoslowakei haben am Mittwoch die bisher bestehende Kleine Entente in ein Schutz- und Treuhändnis mit einheitlichem internationalen Charakter und gemeinsamem Organ zur Wahrung aller politischen und wirtschaftlichen Interessen umgewandelt.

Diesem Beschluß gingen Besprechungen der drei Außenminister voraus, in denen die allgemeine politische Lage Europas in Verbindung mit den Ereignissen der letzten Monate und Wochen geprüft wurde. Nach einem amtlichen Communiqué bestand vollkommene Einigkeit der Ansäuungen. In der Waffenlieferungsaffäre von Sirtenberg nahmen die Außenminister mit Befriedigung Kenntnis von dem Schritt Englands und Frankreichs. Ihre endgültige Entscheidung hängt von der Antwort Oesterreichs ab. Schließlich wurde ein gemeinsames Vorgehen auf der Abrüstungskonferenz verabredet. Der Hauptgegenstand der Zusammenkunft war die Ausarbeitung eines Organisationsvertrags der Kleinen Entente entsprechend den Beschlüssen von Belgrad im Dezember vorigen Jahres. Zur Organisierung des Friedens und zur Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen mit allen Staaten in Zentral-Europa haben die drei Außenminister die notwendigen Maßnahmen getroffen zur Umbildung der Kleinen Entente in eine vereinheitlichte internationale Organisation, die gegebenenfalls anderen Staaten offen stehen soll, unter noch zu vereinbarenden Bedingungen für jeden Einzelfall. Diese Maßnahmen sind statutenmäßiger, politischer und wirtschaftlicher Art. Statutarisch wurde beschlossen, als leitendes Organ für die gemeinsame Politik einen ständigen Rat der Kleinen Entente aus den drei Außenministern zu bilden. Dieser Rat wird durch ein ständiges Sekretariat unterstützt werden, von dem eine Abteilung ständig in Genf tagen wird und durch einen Wirtschaftsrat für die fortschreitende Angleichung der Wirtschaftsinteressen der drei Staaten sowohl untereinander wie mit anderen Ländern.

Um auch die Umbildung der Kleinen Entente in eine internationale Gemeinschaft mit juristischer Person zu präzisieren, haben die drei Außenminister beschlossen, daß jeder politische Vertrag jedes der drei Staaten, jeder einseitige Akt, der die gegenwärtige politische Lage eines der Staaten der Kleinen Entente gegenüber einem dritten Staat ändert, sowie jeder Wirtschaftsvertrag, der wichtige politische Konsequenzen nach sich zieht, in Zukunft die einstimmige Zustimmung des Rates der Kleinen Entente haben muß. Außerdem wurde beschlossen, daß die augenblicklich bestehenden politischen Verträge jedes Staates der Kleinen Entente mit dritten Staaten fortsetzend und so viel als möglich vereinheitlicht werden sollen. Endlich wurde beschlossen, daß die Bündnisverträge zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei vom 23. April 1921 und zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien vom 31. August 1922, die am 21. Mai 1929 verlängert worden waren und durch die

Dispositionen des vorstehenden Abkommens ergänzt sind, für eine unbegrenzte Zeit weiter erneuert sind.

Auch für Goebbels soll geforgt werden

Er soll Leiter einer Reichspropagandazentrale werden

Die NSDAP. hat nun seit über 14 Tagen in der Amtlichkeit. Viele sind inzwischen zu Amt und Würden gelangt. Nur Herr Dr. Goebbels muß immer noch warten. Aber auch für ihn soll geforgt werden. Wie — das verrät die rechtsradikale „Deutsche Zeitung“, die am Mittwoch abend folgendes verlautbarbare läßt.

„Schon seit längerer Zeit hört man, daß der Rundfunk nicht mehr dem Post- oder Innenminister unterstellt werden soll, sondern unmittelbar dem Reichskanzler Adolf Hitler. In diesem Zusammenhang wurde dann auch Dr. Goebbels als politischer Rundfunkkommissar genannt. Diese Eingliederung des Rundfunks in den Regierungsapparat hängt mit noch weiteren organisatorischen Änderungen zusammen. Es heißt, daß das Reichsministerium des Innern die „Zentrale für Heimatsdienste“ auflösen will und dafür eine Reichspropagandazentrale einrichten will, die nicht dem Reichsinnenministerium, sondern dem Reichskanzler unterstellt werden soll. Als Leiter dieser Reichspropagandazentrale ist der nationalsozialistische Abgeordnete und Propagandaleiter der NSDAP, Dr. Goebbels, anzufragen. Diese Reichspropagandazentrale soll sich mit den Fragen des Rundfunks, der Presse, des Tonfilms usw. beschäftigen, und damit würde es zutreffen, daß Dr. Goebbels in irgendeiner Form im Rundfunk tätig sein wird.“

Die Betätigung im Rundfunk allein aber dürfte Herrn Goebbels kaum genügen, er will auch einen Titel, er will Minister werden. Ehe dieses Ziel nicht erreicht ist, dürfte er kaum ruhen...

Frankreichs Senat gegen Kammer

Die Finanzkommission des Senats hat am Mittwoch bei der Prüfung der Finanzvorlage die von der Kammer gebilligte Arisensteuer auf alle Einkommen über 20 000 Frank ein für allemal abgelehnt und an ihre Stelle gemäß dem ursprünglichen Regierungsentwurf eine einmalige Herabsetzung der Beamtengehälter um fünf Prozent beschlossen. Die Jahresgehälter bis zu 7000 Frank werden von dieser Kürzung verschont bleiben. Die hohen Gehälter sollen dagegen um sieben bis acht Prozent gekürzt werden.

Das Kartell der Beamtengeverkschaften hat bereits in einem Brief an den Ministerpräsidenten gegen die beabsichtigte Kürzung protestiert. In dem Schreiben heißt es, daß die Beamten den Angriffen, die gegen ihre Würde und ihre materiellen Interessen entfesselt sind, mit allen Mitteln Widerstand leisten würden.

meinen nur, dann müßte ebensogut auch ein Nichtangriffspakt zwischen Arbeiterparteien möglich sein.

Ein Nichtangriffspakt zwischen Arbeiterparteien, das braucht kein Vertrag zu sein mit Artikeln und Paragraphen und Unterschriften und Siegeln. Es genügt eine Verständigung darüber — es kann sogar eine stillschweigende Verständigung sein —, daß man bis auf weiteres alle gefährlichen, zerkleinernden und organisationserschütternden Kämpfe beiderseits einstellt. Dabei kann jeder bleiben, wo er ist, keiner braucht auf seine Meinung zu verzichten, ja, es schadet auch nichts, wenn die Meinungen ausgetauscht werden — es muß nur in anständigen kameradschaftlichen Formen geschehen.

Ihr sagt, der Nichtangriffspakt genügt uns nicht. Er ist nur etwas Negatives, wir brauchen aber etwas Positives: das gemeinsame Handeln. Da habt ihr vollkommen recht. Aber wenn es zu einem gemeinsamen Handeln kommen soll, dann ist der Verzicht auf alle gefährlichen, zerkleinernden, organisationserschütternden Kämpfe zwischen Arbeiterorganisationen die erste Voraussetzung dafür. Wer sich weigert, sie zu erfüllen, trägt die Verantwortung für die Fortdauer des Zustandes, dem der Klassenfeind alle seine Erfolge verdankt.

Die „Rote Fahne“ bringt lange Artikelreihen, in denen sie zu beweisen versucht, daß die Sozialdemokratie an den Erfolgen des Faschismus Schuld trage. Der „Vorwärts“ könnte unter Hinweis auf den gemeinsamen Volksentscheid der KPD mit Stahlhelm und Nazis, auf die unzähligen gemeinsamen Abstimmungen in den Parlamenten umgekehrt dartun, daß die Schuld an der KPD liegt.

Aber wir hätten einen Streit über Beweisen heute für überflüssig und schädlich. Notwendig ist die Erkenntnis, daß der Feind nur deshalb so stark werden konnte, weil die Arbeiterparteien, statt eine Linie des gemeinsamen Kampfes gegen ihn zu finden, einen großen Teil ihrer Kräfte im Kampf gegeneinander verbrauchten.

Diesen Zustand haben wir Sozialdemokraten stets als höchst unheilvoll empfunden und wir hegen den lebhaften Wunsch, daß er schleunigst beendet wird. Daher der Gedanke des Nichtangriffspakts.

Kommunistische Arbeiter, warum stellen sich eure Führer zu dem Gedanken des Nichtangriffspakts so unbedingt ablehnend? Wir sozialdemokratischen Führer sind Träger des Willens der sozialdemokratischen Arbeiter. Die Haltung des „Vorwärts“ in der Frage der Einheitsfront entspricht der Meinung unserer Genossen in den Betrieben und den Stempelstellen.

Unsere Massen sind gewohnt, mit ihren Führern sehr deutlich zu reden.

Kommunistische Arbeiter, wie steht es bei euch? Ist es eure Stimme, die in eurer Partei entscheidet? Wollt ihr nicht euren Führern sagen, daß der gefährliche, zerkleinernde, organisationserschütternde Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften jetzt aufhören muß, damit die ganze Arbeiterchaft geist ihre Lebensinteressen gegen ihre Feinde verteidigen kann? Jede Stunde ist Verlust. Aber es gibt keine Möglichkeit, auf dem Wege zu einer ehrlichen Einheitsfront auch nur einen Schritt weiterzukommen, solange ihr, kommunistische Arbeiter, nicht mit euren Führern gesprochen habt!

Die Schwere einer großen Entscheidung über die Zukunft der Arbeiterklasse und des Sozialismus in Deutschland und in ganz Europa ruht bei euch, kommunistische Arbeiter! Jeder Tag des Bruderkrieges zwischen Proletariaten bedeutet eine Meile für den Vormarsch eurer und unseres Todesfeinde.

Kommunistische Arbeiter, entscheidet euch!

Einheitsfront

Offener Brief an die kommunistischen Arbeiter

Von Friedrich Stampfer

Der Artikel des Genossen Stampfer entnehmen wir dem „Vorwärts“. Er dürfte den kommunistischen Arbeitern, die selber noch immer von ihrer Führerschaft in dem Glauben gehalten werden, daß die Sozialdemokratie eine Einheitsaktion mit den Kommunisten nicht wolle, beweisen, wo die wahren Saboteure der einheitsfrontlichen Aktionen der deutschen Arbeiterklasse zu suchen sind. Sie mögen zugleich auch darüber nachdenken, ob es ihnen und der Gesamtheit der Arbeiterklasse nicht, wenn auch noch heute die gesamte kommunistische Presse in langen Artikeln gegen die Sozialdemokratie und die sozialdemokratische Arbeiterschaft zu Felde zieht. Und ob es nicht höchste Zeit sei, endlich das Kriegsbild zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zu begraben und die kommunistische Führerschaft zu zwingen, endlich dem Verlangen des gesamten deutschen Proletariats Rechnung zu tragen.

Tagtäglich wendet sich die KPD. mit öffentlichen Aufrufen an die kommunistischen Arbeiter. Also mag hier auch einmal ein Sozialdemokrat zu kommunistischen Arbeitern sprechen.

Ihr wollt die Einheitsfront aller Werktätigen gegen den Faschismus, und es gibt keinen unter uns Sozialdemokraten, der die Einheitsfront nicht will. Nur stellt sich leider heraus, daß diejenigen, die von der Einheitsfront reden, ganz verschiedene Dinge damit meinen.

Wenn in den kommunistischen Aufrufen von der Einheitsfront die Rede ist, so ist damit eine Front gemeint, die von der KPD. befehligt wird, in der die kommunistischen und die sozialdemokratischen Arbeiter gemeinsam marschieren, die Führungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften aber nichts zu sagen haben.

Eine solche Einheitsfront verdient nicht ihren Namen, sie ist eine leere Illusion. Die Agitation für sie kann kein anderes Ergebnis haben, als daß die KPD. isoliert bleibt und sich höchstens durch ein paar Ueberläufer verstärkt.

In euren Reihen ist das Mißtrauen gegen die Führung der Sozialdemokratie und des ADGB. groß. Bildet euch nicht ein, daß das Mißtrauen der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die kommunistische Führung geringer ist! Nur ein Phantast kann glauben, die Millionenmasse der sozialdemokratischen und gewerkschaftlich geschulten Arbeiter werde eines Tages zur KPD. überlaufen! Wie lange wollt ihr, kommunistische Arbeiter, noch auf den Tag dieses Wundern warten? Wie lange soll noch im Arbeiterlager über alle Streitfragen diskutiert werden, während der Feind marschiert?

Hand aufs Herz! Die „Einheitsfrontparole“ eurer Führer war ja immer etwas ganz anderes, als was ihr Name sagt. Sie war eine Parole nicht der Einheit, sondern der Entzweiung, eine getarnte Kampferole gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Unter dauernder Behauptung ihrer Führer wurden die sozialdemokratischen Arbeiter aufgefordert, ihre bisherige Ueberzeugung aufzugeben, das alte Vertrauensverhältnis zu lösen und sich der kommunistischen Führung anzuvertrauen. Bis zum heutigen Tage ist die „Rote Fahne“ von oben bis unten angefüllt mit unzähligen Angriffen auf führende Sozialdemokraten und Gewerkschafter.

Das ist keine echte Einheitsfront! Das ist nur ein Einheitsfrontmanöver. Man spricht vom gemeinsamen Kampf. Gut,

schaffen wir die Voraussetzungen für ihn! Truppen, die gemeinsam gegen einen gemeinsamen Feind kämpfen sollen, dürfen nicht aufeinander schießen.

Solcher Ermüdungen entspringt der Gedanke des Nichtangriffspakts. Sowjetrußland hat mit zahlreichen kapitalistischen Staaten Nichtangriffspakte geschlossen. Wir machen ihm daraus nicht den geringsten Vorwurf — im Gegenteil! Wir

Wichtige Termine für die Kommunalwahlen

Um Verlust des Wahlrechts für einzelne Wähler oder Ungültigkeit der Wahlschlüsse oder gar der ganzen Wahl zu verhindern, müssen die verwaltungstechnischen Vorschriften und Fristen genau beachtet und eingehalten werden. Bei der überfälligen Auflösung und überleitenden Festlegung des Wahltermines auf den 12. März stellte sich heraus, daß die Zeit zur Vorbereitung nach den gesetzlichen Bestimmungen zu kurz ist, so daß durch Erlass einer Anzahl Termine vorgelegt werden mußten.

Wir bringen deshalb nachfolgend die für die Wahlen geltenden Termine in zeitlicher Reihenfolge:

Gemeindevahlen

14. Februar: Bildung des Wahlausschusses und Bekanntmachung (in ortsüblicher Weise) der Namen der Mitglieder des Wahlausschusses.

14. Februar spätestens: Aufforderung (durch ortsübliche Bekanntmachung) zur Einreichung von Wahlvorschlägen.

18. bis 26. Februar: Auslegung der Bürger-(Wähler-)Liste.

25. Februar, 24 Uhr: Ablauf der Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge beim Vorsitzenden des Wahlausschusses.

3. März spätestens: Öffentliche Bekanntmachung der Wahl (Wahlraum, Ort, Zeit, Grenzen der Stimmbezirke usw.) in ortsüblicher Weise durch den Gemeindevorstand. 24 Uhr: Ablauf der Frist für Mängelbeseitigung.

7. März spätestens: Beschluß des Wahlausschusses über die Zulassung und Festlegung der Wahlvorschläge.

8. März spätestens: Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge.

12. März: Wahltag.

12. März: Prüfung und Festlegung des Wahlergebnisses, Verteilung der Sitze durch den Gemeindevorstand.

Danach Benachrichtigung der Gewählten mit der Aufforderung, sich binnen einer Woche nach Zustellung der Nachricht über die Annahme der Wahl zu erklären.

23. März: Ablauf der Frist für die Erklärung, ob die Gewählten die Wahl annehmen.

21. März: Ortsübliche Bekanntmachung des festgestellten Wahlergebnisses.

21. März bis 4. April: Frist zur Erhebung von Einsprüchen

Künstlicher Wetterdienst

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krieken (Kochend auch mit Quecksilber)

Auch in den vergangenen 24 Stunden ist es in den höchsten Bergen zu weiteren, zum Teil starken Schneefällen gekommen. Auch im Fichtelgebirge liegt eine geschlossene, teilweise jedoch verzweigte Schneedecke. Der erneute Bericht kontinentaler Kaltluftmassen über Bann und Schwaben wird auch an anderer Stelle neuen Temperaturrückgang bringen. Auch in den nächsten Tagen ist mit Fortdauer der winterlichen Witterung zu rechnen.

Wachstüm für das nächste Wochenende: Bei abkühlenden nördlichen Winden und wechselnder Bewölkung Schnee- und Graupelregen, erneut Winter.

Wachstüm für das nächste Wochenende: Stürk böiger, mit der Zeit abkühlender nördlicher Wind, neblig-mattig, weitere, zum Teil kräftige Schneefälle, anhaltender Frost.

Sonnenaufgang: 7.15 Uhr — Sonnenuntergang: 17.14 Uhr.

gegen die Wahl (vierzehntägige Frist vom Tage der Bekanntmachung an gerechnet).

Danach Einberufung der neuen Gemeindevertretung (Stadtverordnetenversammlung), Verpflichtung der Gewählten und Beschlussfassung über die Gültigkeit der Wahl.

Kreistags- und Provinziallandtagswahlen

14. Februar: Aufforderung (durch öffentliche Bekanntmachung) zur Einreichung von Wahlvorschlägen.

23. Februar, 24 Uhr: Ablauf der Frist für die Einreichung von Wahlvorschlägen beim Provinzial-(Bezirks-)Wahlleiter.

1. März, 24 Uhr: Ablauf der Frist für Mängelbeseitigung.

4. März spätestens: Die Wahlvorschläge bekanntzugeben.

5. März spätestens: Öffentliche Bekanntmachung der Wahl.

Das Grubenunglück in Oberschlesien

Das Oberbergamt Breslau teilt mit, daß von 10 Bergleuten, die auf der Königin-Williegrube bei einem Gebirgsstich in einem Pfeilerabschnitt des Pochhammerflözes verhaftet worden sind, bisher 4 Mann lebend, wenn auch mit mehr oder weniger schweren Verletzungen, geborgen werden konnten. Ein Fester ist halb freigelegt. Das Schicksal der übrigen fünf Leute ist ungewiß. Es besteht die Hoffnung, daß sie teilweise noch am Leben sind. An ihrer Bergung wird mit allen Kräften gearbeitet. Der Unglücksort, der 5 Meter breit und 4,8 Meter hoch ist, ist auf etwa 25 Meter Länge zu Bruch gegangen. Die Wasserummauer, die an drei verschiedenen Stellen gleichzeitig vor sich geht, gestaltet sich sehr schwierig.

Am 16. Februar tritt der Unfallausschuh der Grubenberichtsbezirkskommission auf der Grube zusammen.

Zwei Wohnhäuser niedergebrannt

In Kaußa brannte das Wohnhaus des Landwirts Max Hentsche bis auf die Umfassungsmauern nieder. Des Kostbar konnte gerettet werden. Es liegt Brandstiftung vor.

In Kaußa brannte ein Brand das Wohnhaus des Stellensetzers August Kothé. Auch hier konnte die Wohnungseinrichtung größtenteils gerettet werden. Die Brandursache ist noch nicht ermittelt.

Schellenswerth. Schulschließung wegen Wasser. Wegen Zunahme der Wasserentwässerungen bleibt die Schule in Neu-Weißritz weiter geschlossen und war zunächst bis zum 19. Februar.

Alle Mann an Bord!

Die Kandidatenlisten des Unterbezirks Breslau-Land/Neumarkt Blaublütige und Großagrarien werden bei der SPD. nicht gewählt, wie es bei anderen „Arbeiterparteien“ üblich ist

Die Bedeutung der Wahlen am 5. und 12. März wird auch beim letzten Landproletariat erkannt. Mit welcher Einmütigkeit und Kraftentfaltung deshalb auch draußen vor den Toren der Großstadt an die Arbeit gegangen wird, das zeigte die gestern abend im Breslauer Gewerkschaftshaus tagende erweiterte Vorstandssitzung des Unterbezirks Breslau-Land/Neumarkt, zu der die Vertreter aus sämtlichen 74 Parteigruppen erschienen waren. Diese bisher nie erreichte Beteiligung an Vorbereitungen kann man als besonders günstiges Vorzeichen werten.

Selbst wenn sich die vereinigte Reaktion bemüht, durch Saalabtreibungen den Wahlkampf der Sozialisten auf dem Lande zu erschweren.

Der Vorsitzende des Unterbezirks, Genosse Kleinert, gab zunächst einen Überblick über die technischen Voraussetzungen der Wahlarbeit, die durch die neue Konvention „zum Schutze des deutschen Volkes“ in verschiedener Beziehung eingengt worden ist. Eingehend erläuterte er die neuen gesetzlichen Bestimmungen über die Anmeldung von Versammlungen und Kundgebungen unter freiem Himmel und ging auch auf die Möglichkeiten der Werbung ein, die das bereits einleitende Abtreiben der Versammlungsräume illusorisch machen können. Sodann besprach der Redner die vorbereiteten Arbeiten und ging auch auf die gesetzlichen Bestimmungen bei der Aufstellung der Kandidatenlisten zur Gemeindevahl ausführlich ein. Die Sozialdemokratische Partei als Interessenvertretung des werktätigen Volkes verfügt über keine Gelder, wie sie andere „Arbeiterparteien“ von kapitalistischen Machtgruppen zugeleitet erhalten, aber sie kann sich auf die begeisterte ideale Mitarbeit ihrer Anhänger verlassen und das gibt ihr die Hoffnung, auch diese Wahlkämpfe glänzend zu überstehen.

Die Entschlossenheit und Zuversicht der sozialdemokratischen Funktionäre kam während des Referats am innigsten durch einen Zuruf eines Genossen zum Ausdruck, der meinte: „Geld und Angst haben wir nicht und deshalb wird es geschafft!“

Den Ausführungen des Genossen Kleinert schloß sich eine Ansprache an, in deren Verlaufe noch verschiedene Fragen über gesetzliche Bestimmungen geklärt wurden.

Anschließend beschäftigten sich die Ortsgruppenvertreter nach Landkreisen getrennt mit ihren Kandidatenlisten für die Kreis- und Gemeindevahlen. Einmütig wurden alle Vorschläge angenommen und die Listen abgeschlossen. Jede der so in gemeinsamer Beratung zusammengestellten Listen wurde in nachstehender Reihenfolge einstimmig akzeptiert:

Kreisstag des Landkreises Breslau

1. Gustav Schiffer, Maschinenarbeiter (jetzt Parteisekretär), Oppetau.
2. Beria Bogus, Ehefrau, Rattera.
3. Josef Kubil, Amts- und Gemeindevorsteher, Ströbel.

4. Karl Stewald, Landarbeitersekretär, Groß-Mochbern.
5. Reinhold Mühlenberger, Maurer, Schottwitz.
6. Wilhelm Franke, Gastwirt, Jäschkowitz.
7. August Kleinert, Tischler, (jetzt Amts- und Gemeindevorsteher), Kleindorf.
8. August Schumann, Maurer, Jäschkowitz.
9. Dr. Franz Korn, praktischer Arzt, Steine.
10. Fritz Mühlenberger, Landarbeiter, Groß-Mochbern.
11. Fritz Barckold, Lokomotivführer, Brodan.
12. Gustav Saller, Tischler, Rothföhren.
13. Ernst Rätzke, Fabrikarbeiter, Stradowitz.
14. Hermann Tesche, Schaufeller, Jobten.
15. Max Heppner, Fabrikarbeiter, Herrmannsdorf.
16. Heinrich Wenderoth, Bauarbeiter, Klein-Sägewitz.
17. Alfred Kluge, Tischlermeister und Gemeindevorsteher, Roberwitz.
18. Paul Hofbauer, Maurer, Rant.
19. Paul Teschner, Arbeiter, Wilschlowitz.
20. August Simon, Stellmacher, Schmol.
21. August Fuchs, Zimmermann, Michelsdorf.
22. Max Kademacher, Bauarbeiter, Leipe-Petersdorf.
23. Paul Leipelt, Gärtner, Schottwitz.
24. Paul Hänel, Rentner, Jobten-Gorkau.
25. Karl Gerlach, Arbeiter, Wangern.
26. August Schneider, Steinschläger, Gnischwitz.
27. Richard Kaus, Bauarbeiter, Jäschkowitz.
28. Richard Scholz, Bauarbeiter, Groß-Mochbern.
29. Fritz Scholz, Rentner, Schönborn.
30. Paul Schuberl, Bauarbeiter, Meleschowitz.

Kreisstag des Landkreises Neumarkt

1. Richard Nawroth, Kreisleiter des Landarbeiter-Bandes Neumarkt.
2. Wilhelm Casel, Steinarbeiter, Damsdorf.
3. Artur Pfehle, Fabrikarbeiter, Malitz.
4. Paul Simon, Bauarbeiter, Marzschwitz.
5. Alfred Ernst, Arbeiter, Mejerwitz.
6. August Sobers, Steinarbeiter, Wüßen.
7. Paul Hoffmann, Arbeiter, Damsdorf.
8. Alfred Kluge, Maurer, Steinhagen.
9. Hermann Schöneich, Zimmermann, Wilkau-Jopsendorf.
10. Emma Kleinert, Ehefrau, Neumarkt.
11. August Praße, Fabrikarbeiter, Bodau.
12. Karl Wehmann, Landarbeiter, Krampitz-Nipporn.
13. Hermann Schneider, Fabrikarbeiter, Bekern.
14. Gustav Bogt, Kaufmann, Stephansdorf.
15. Karl Ottillig, Betriebsdirektor, Neumarkt.
16. Gustav Sachmann, Arbeiter, Ruhnern.
17. Ernst Wegener, Sattlermeister, Rimlau.

Nach einem kurzen Bericht des Vorsitzenden über die Bezirkskonferenz, die sich an den Bezirksparteiabend angeschlossen

hatte, beschloß die erweiterte Vorstandssitzung, den Genossen Gustav Schiffer als Kandidaten des Unterbezirks für die Provinzial-Landtagsliste zu nominieren.
Im weiteren Verlauf der Sitzung wiesen Genossen aus dem ehemaligen Landkreis Striegau, die zum Kreis Neumarkt eingemeindet worden sind, darauf hin, daß die Parteifraktion im Striegauer Kreisparlament andere Unterfraktionen durchzubringen vermocht hat, wie dies im agrarischen Neumarkter Kreis möglich war. Diese Tatsache wird es beim Wahlkampf im Kreis Neumarkt besonders herauszustellen gelten.
Mit einem Schlußappell: „Alle Mann an Bord!“ und dem Kampfruf der Eisernen Front wurde die mehrstündige letzte Beschlusssitzung des Parteiunterbezirks Breslau-Land/Neumarkt beschlossen.



Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-174
Telephon 4900, 4901
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-18 Uhr

Öffentliche Kundgebung in Neumarkt

Sonntag, den 19. Februar, 13 Uhr, in Neumarkt
Öffentliche Kundgebung. Bürgermeister Macha spricht.

Öffentliche Wählerversammlungen

finden am Sonntag, den 19. Februar, in folgenden Orten statt:
Fürstena: Lokal Speer, 15 Uhr. Redner: Genosse Kleinert.
Tschelnitz: Lokal Scholz, 20 Uhr. Redner: Genosse Kleinert.
Lampersdorf: Lokal Reimann, 15 Uhr. Redner: Genosse Schiffer.
Radlau: Lokal Wille, 19.30 Uhr. Redner: Genosse Schiffer.
Arbeitsgemeinschaft Nord-Ost. Tschirn: Lokal Brehn, 18 Uhr. Redner: Genosse Dr. Korn.
Striegelmühl: Lokal Hindemith-Bantwitz, 14 Uhr. Redner wird noch bekanntgegeben.

Protitz-Weide. Freitag, 17. Februar, 20 Uhr, bei Schneider, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Mühlenberger.

Oltaškin. Freitag, den 17. Februar, 20 Uhr, bei Grieger, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Kleinert. — Um 19 Uhr tritt der Ortsgruppenvorstand zusammen.

Rant. Freitag, den 17. Februar, 20 Uhr, im Lokal „Marshall Blücher“, öffentliche Versammlung. Redner: Gewerkschaftssekretär Genosse Swolin in Breslau.

Herrmannsdorf. Freitag, den 17. Februar, 18 Uhr, in der Barade: Mitgliederversammlung. Kein Mitglied fehlte.

Wangern. Freitag, den 17. Februar, 19 Uhr, bei Michael: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Trümmler.

Wilschau. Sonnabend, den 18. Februar, bei Materne: Mitgliederversammlung. Redner ist anwesend.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Ortsverein Neumarkt, Banner Pöbe

Sonnabend, den 18. Februar, 20 Uhr, im Vereinslokal zum „Gelben Löwen“ Mitgliederversammlung. Pflicht eines jeden Kameraden ist es, an der Versammlung teilzunehmen, Spielleute und Schupo haben zu erscheinen.

Sammlen-Anzeigen

Am 14. Februar entschlief nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau Luise Adolph geb. Wirth

im ehrenvollen Alter von 70 Jahren.

Breslau, Amerika, 14. Februar 1933
Dürngoystraße 2

In tiefstem Schmerz

Ernst Adolph als Gatte nebst Kindern u. Anverwandten

Beerdigung: Freitag, 17. Februar, nachm. 1 1/2 Uhr, nach dem Gemeindefriedhof Dürngoy.

STADTHEATER

Donnerstag, 19.30 bis geg. 23
Abonn-Vorstellung D 11

Die Hochzeit des Figaro

Freitag, 19.30 bis gegen 23
Abonn-Vorstellung C 11

Carmen

Sonnabend, 18 bis gegen 23
Götterdämmerung

LOBETHEATER

Donnerstag, Freitag,
20.15 bis 22.10

Donna Diana

Sonnabend 20.15 (u. tägl.)
Reinjuanierung!

Prinz Friedrich v. Somburg

Donnerstag, Freitag,
20.15 bis 22

GERHART-HAUPTMANN- THEATER

Donnerstag, Freitag,
20.15 bis 22

Die Wölfe

Sonnabend 20.15 (u. tägl.)
Donna Diana

SCHAUSPIELHAUS

Telefon 363011

Infolge des sensationellen
Erfolges bis auf Weiteres
tägl. 2 x 4.30 u. 8.15 Uhr

Im weißen Rössl

Nachm. 3.30 bis 2.30
abends 8.15 bis 2.30

Sonnabend, R. u. Sonntag 19. Febr.
2.30 Uhr

Breslauer Kinder-Theater

Premiere

„... und wer fährt mit?“

Breslauer Kinder-Revue
mit Gesang und Tanz
Preise: 30 Pf. bis 1.25.

WAPPENHOF

Heute Donnerstag
und Freitag

11.45 Uhr Das „...“
große sensationelle

2. Februar-Programm

(nur bis einsch. 24. Februar)

Reinhold Franke mit seinen
5 köstlichen Knechtchen
Berbert u. Schiller, Maximal-
Konradson u. Maria Böhm,
Dorothea u. Perleth,
Sally, Lutz, die köstliche Dred,
Sally, Lutz, und musizierende
Jungfrauen u. 3 Frauen, Les-
Gymnastik, Akt u. 3 Witzspiele,
die köstliche Scherenschnittin,
The world's best, die köstlichen
Mädchen u. Wappenhofische

Nachmittags 30 Pf. abends
50 Pf. einsch. Ban.

LIEBICH

Heute 8 1/2 Uhr Premiere

Adolf Gondrell

der süddeutsche Humorist
mit vollständig neuem Repertoire konfiziert!

2 Montis Komiker auf
dem Binstad Beda Lak Lürten, parod. in
ganz. Varietät.

Fischers Elefanten-Revue

Unerhörte Dressur-Spitzenleistungen

Terence u. Dolores
sensationelle Akrobatik-Luftak

Berney u. Deon
Zwei lustige Schotten

Die 5 Cellisten

„Der weiße Hektor“
Rote Schule in höchster Vollendung

Olly Martinielly
das Sopran-Wunder

Preise von 50 Pf. an

Circus Schneider

im Circus Busch-Gebäude Tel. 291 35

Heute Premiere

Täglich 2 x 4.00 u. 8.15 Uhr

HAGENBECKS tanzende, jonglierende, musizierende

Elefanten 100 Löwen

und das neue artistische
Sensations-Programm

Erwähnt an allen Wochentagen nach 30
mittags 4 Uhr Einheitspreis 30 Pf.
außer Loge und Parkett

Vorverkauf: Circuskasse, Barasch, Wertheim,
Kassenwagen

Möbel-Ripse 130 cm bc,
Mtr. 30 Pf.

Kupfer Meter 48 Pf.

Friedrichsberg, Sonntag 30.

Kauft Möbel im Vollspeicher!

Die elegantesten Möbel aus
Holz und herrschaftlichen
Prinzipien liegen im Spei-
cher zum Verkauf. Jetzt
günstig für Schlaf-, Speise-
und Herrenzimmer, auch in
neu, sowie einzelne Möbel u.
Zimmer, Wohnungen an der
Zugbrücke 1. I. Breslauer
Möbel-Vollspeicher,
Robert Wilhelm, auch
Berliner Straße 4

Urania

12 Monatshefte
und 4 Hefen

Der Deutsche
Kochbuch

zu beziehen durch die Buchhandlung
u. den Buchhändler

Buchhandlung
VOLKSWACHT

u. Mecklenburg Antiquariat
BRESLAU

Zum Marx-Jahr 1933

Karl Marx

Ein Lebensbild von Dr. WILLY COHN

Preis nur 50 Pfennig

Zu haben in der Volkswacht-Buchhandlung Breslau 2, Flurstr. 4
Zu beziehen durch alle Literatur-Obleute

Wfänder-Versteigerung

Breslauer Platz 2
am Donnerstag, 23. Februar 1933, vorm. 9 Uhr
gelbe Scheine bis Nr. 10 000
Vorauszahlung RM 10.—

Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau G. m. b. H. Schubert.

Druderei Volkswacht

Hobeme, zweifelhafte und laubere
Ausführung aller Druckarbeiten
preiswert und bei kürzester Lieferzeit
Breslau 2, Flurstraße 4/6.

Biligi! Achtung! Biligi!

Rußlandswurst 1 Pfd. 0.50
1. Sorte, 1 Pfd. 0.50
Suppenfleisch 1 Pfd. 0.50
Polnische 1 Pfd. 0.60
Gel. Schinken 1 Pfd. 0.25
Rohschinken 1 Pfd. 0.25
Brettwurst 1 Pfd. 0.15
Koteletten 1 Pfd. 0.70
Beil. Mettwurst 1 Pfd. 0.15
Beil. Schinken 2 Pfd. 0.15
Gehacktes 1 Pfd. 0.15
Suppenfleisch 1 Pfd. 0.50
Schmalz o. R. 1 Pfd. 0.25-0.70
Rohschinken 1 Pfd. 0.60
Schabracken o. B. 1 Pfd. 0.75
Ranch o. B. 1 Pfd. 0.60
Koteletten 1 Pfd. 0.70
Speck u. Lungenwurst 1 Pfd. 0.85
Häufiger Preis 1 Pfd. 0.80

Gustav Baum, Fleischermeister

Breslau, Klein Meckern, Max-Pach-Str. 21.

Dr. Willy Cohn

Lebensbilder unserer Führer

nur je 50 Pfennig.
Zu haben in der Volkswacht-Buchhandlung, Breslau 2, Flurstr. 4
Zu beziehen durch alle Literatur-Obleute

Wilhelm Siebnecht

August Bebel

Robert Owen

Ferdinand Lassalle

Friedrich Engels

Masken

billig zu verkaufen
bei Dobin, Keferberg 17/19.

Kleine Anzeigen

und kompreß gefüllte einpolige
Anzeigen von Verdäuten,
Kaufgeschäften u. a. nur von
Dreizehn. Post 3 Pfennige,
— text 4 Pfennige.

Kleine Anzeigen

und in der
Volkswacht
billig
u. erfolgreich